

SPD-Weser-Ems

Bezirksparteitag 2017

28. Oktober 2017, Sparkassen-Arena, Aurich



Antragsbuch

- **Tagesordnung**
- **Geschäftsordnung**
- **Anträge**
- **Verbleib Anträge 2015**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

SPD-Bezirk Weser-Ems

Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Bezirksgeschäftsführer
Huntestr. 23, 26135 Oldenburg

Redaktion: Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Monika Achtert, Alke Hochwald

©2017 SPD-Bezirk Weser-Ems ·

**Irrtum vorbehalten · Alle Rechte, insbesondere das Recht der
Vervielfältigung und Verbreitung, unter Vorbehalt des Herausgebers;
nur mit schriftlicher Genehmigung.**

**Deckblatt, Foto (Osnabrück, OT Darum): OAF
Druck: SPD NRW, Düsseldorf**

SPD Weser-Ems

Bezirksparteitag 28.10.2017, Aurich

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung

Totengedenken
Grußworte

2. Konstituierung des Parteitages

- a) Wahl eines Präsidiums
- b) Wahl einer Mandatsprüfungs- und der Zählkommissionen

3. Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung

4. Rede:

Stephan Weil, SPD-Landesvorsitzender

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

5. Berichte

- a) der Vorsitzenden
- b) der Schatzmeisterin
- c) der Revisoren
- d) Aussprache zu den Berichten

6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

- Entlastung des Vorstandes

7. Wahlen

- a) der/des Vorsitzenden
- b) der 3 Stellvertreter/innen
- c) des/der Schatzmeisters/in
- d) der Beisitzer/innen
- e) der Revisoren (per Akklamation!)
- f) der Schiedskommission
- g) der Delegierten (22) und Ersatzdelegierten zu Bundesparteitagen
- h) der Delegierten (7) und Ersatzdelegierten zum Parteikonvent
- i) der Delegierten (2) zum SPE-Kongreß

8. Anträge und Entschlieûungen

9. Schlusswort des/der gewählten Bezirksvorsitzenden

SPD Weser-Ems

Bezirksparteitag 28.10.2017, Aurich

VORLÄUFIGE GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Unterbezirken und Kreisverbänden gewählten Delegierten und die Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Mit beratender Stimme nehmen teil:

- a) die Mitglieder des Kleinen Bezirksparteitages
 - b) die Revisorinnen und Revisoren
 - c) die Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten des Bezirks
 - d) die Mitglieder der Antragskommission
 - e) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften bzw. deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter
 - f) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitskreise, -kommissionen und -projektgruppen
 - g) die Unterbezirksvorsitzenden
 - h) die Bezirks-/Unterbezirksgeschäftsführer/-geschäftsstellenleiter
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.
 3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst soweit die Statuten der Partei nicht anderes vorschreiben.
 4. Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD (i.d.F. vom 26.1.2014). Wahlen zu Parteiämtern erfolgen in getrennten Wahlgängen mittels Stimmzettel.
 5. Wahlvorschläge für Parteiämter müssen bis zu einem vom Parteitag festzulegenden Termin dem Präsidium vorliegen.
 6. Die Redezeit der Diskussionsrednerinnen und Diskussionsredner beträgt 3 Minuten. Sie erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort. Die Wortmeldungen werden erst nach Beendigung des Referats oder der Berichte entgegengenommen. Sie erfolgen unter Angabe des Unterbezirks, dem die Rednerin und der Redner angehören.
 7. Initiativanträge müssen von mindestens 30 Delegierten unterschrieben sein. Sie müssen bis zu einem vom Parteitag festzusetzenden Termin dem Präsidium vorliegen.

Der Parteitag entscheidet auf Empfehlung der Antragskommission über die Zulassung jedes vorgelegten Initiativantrages.

Änderungsanträge müssen schriftlich beim Tagungspräsidium eingereicht werden.

8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragstellerinnen und Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge das Wort. Die Abstimmung erfolgt, wenn je eine Rednerin oder Redner für oder gegen den Antrag gesprochen hat.

Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 2 Minuten.

9. Berichterstatterinnen und Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge das Wort erhalten.
10. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig. Sie müssen dem Präsidium schriftlich vorgelegt werden.
11. Während der Dauer des Parteitages tagen seine Gremien parteiöffentlich.

SPD-Bezirksparteitag 2017

Anträge

Inhaltsverzeichnis

S Satzungsänderung 1

S1	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Richtlinie für die Aufstellung von Kandidat*innen zu den Kommunalwahlen und zu Wahlen von hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeister*innen, Landrät*innen im Bezirk Weser-Ems und § 32 Bezirksstatut		1
S2	Antragsteller: Bezirksvorstand	
Satzungsänderungsantrag § 32 BezStatut		3

A+S Arbeit und Soziales 5

A+S1	Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand	
Abschaffung Krankenkassenbeiträge bei Zusatzrenten		5
A+S2	Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand	
Korrektur Rentenformel		6
A+S3	Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand	
Paritätische Finanzierung der Beiträge zur Krankenversicherung wieder einführen		6
A+S4	Antragsteller: Unterbezirk Wesermarsch	
Tarifautonomie stärken – Tarifpartnerschaft leben		7
A+S5	Antragsteller: Unterbezirk Emsland	
Schaffung von Wohneinrichtungen für junge Erwachsene mit einer geistigen Behinderung		8
A+S6	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Abschaffung sachgrundloser Befristung		9
A+S7	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Erweiterung des Kündigungsschutzes		10
A+S8	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Mindestlohn		12
A+S9	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Verpflichtende Ethikschulungen für Führungskräfte		13
A+S10	Antragsteller: Kreisverband Leer	
Abschaffung von Krankenkassenbeiträgen auf Betriebsrenten und andere Versorgungsbezüge		14
A+S11	Antragsteller: Kreisverband Leer	
Einführung eines geltenden Tarifvertrages für alle Pflegeberufe		15

B Bildung 17

B1	Antragsteller: Kreisverband Friesland	
Semesterticket auch für Online-Studierende		17
B2	Antragsteller: Kreisverband Wittmund	
Pädagogische Mitarbeiter an allen niedersächsischen Schulen		17

B3	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern		18
B4	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Kostenfreie Bildungslandschaft		19
B5	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Lernmittelfreiheit		20
B6	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Numerus Clausus		21
B7	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Verwaltungsausbildung – mehr Praxis schaffen!		21

F Finanzen **24**

F1	Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt	
Erbschaftssteuer gerecht gestalten		24
F2	Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt	
Bankenwesen stärker reglementieren		25
F3	Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand	
EEG Umlage		26
F4	Antragsteller: Kreisverband Friesland	
Einführung einer Zuckersteuer		27

I Inneres **28**

I1	Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt	
Kunsthistorisches Institut erhalten		28
I2	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Wahlrecht für Nicht EU-Bürger*innen		28

IP Internationale Politik **30**

IP1	Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt	
Gegen Stationierung deutscher Soldaten in den baltischen Staaten		30
IP2	Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand	
Einfluss der Lobbyisten offen legen		30

K Kommunales **32**

K1	Antragsteller: Unterbezirk Wesermarsch	
Aufhebung des Friedhofzwanges in Niedersachsen		32
K2	Antragsteller: Unterbezirk Aurich	
Kostenlose Kindertagesstätten Ja! – eine auskömmliche Finanzierung für die Städte und Gemeinden muss sichergestellt werden		33
K3	Antragsteller: Unterbezirk Aurich	
Mehr Unterstützung beim Feuerschutz		35

K4	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
ÖPP		37
P Partei		39
P1	Antragsteller: Kreisverband Friesland	
Angleichung Beitragsanteil		39
V Verkehr		40
V1	Antragsteller: Kreisverband Friesland	
E-Tankstellen im ländlichen Raum		40
V2	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Maut für Fernbusse		40
V3	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Fördermittel für den kommunalen ÖPNV durch den Bund		41
V+G Verbraucherschutz und Gesundheit		43
V+G1	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Reform der Drogenpolitik		43
V+G2	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Kennzeichnung tierischer Bestandteile in Lebensmitteln		45
V+G3	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Verbot von Eiern aus Käfighaltung in Fertiggerichten		46
W Wirtschaft und Energie		48
W1	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand, Bezirksvorstand	
Maritime Wirtschaft: Arbeit. Wohlstand. Infrastruktur		48
X Resolution		55
X1	Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand	
Solidarität mit Automobilbeschäftigten		55
X2	Antragsteller: OV Jade	
Förderung der ehrenamtlichen Parteiarbeit		57

S Satzungsänderung

1 S1

2 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

3

4 Richtlinie für die Aufstellung von Kandidat*innen zu
5 den Kommunalwahlen und zu Wahlen von hauptamt-
6 lichen (Ober-)Bürgermeister*innen, Landrät*innen im
7 Bezirk Weser-Ems und § 32 Bezirksstatut

8

9 Der SPD-Bezirksparteitag in Weser-Ems möge beschlie-
10 ßen:

11

12 **Ersetze:** III. Aufstellung der Kandidat*innen

13 g) Auf den ersten vier Plätzen der Kommunalwahllis-
14 ten soll mindestens eine Genossin oder ein Genosse
15 unter 30 Jahren berücksichtigt werden.

16 **durch:** III. Aufstellung der Kandidat*innen

17 g) Aufstellung junger Kandidierender

18 (1) „Auf den ersten vier Plätzen der Kommunalwahllisten
19 muss mindestens eine Genossin oder ein Genosse unter 35
20 Jahren berücksichtigt werden“

21 (2) Für die Wahlgebiete ist für den Wahlvorschlag sicherzu-
22 stellen, dass mindestens eine Genossin oder ein Genosse
23 unter 35 Jahren im Kreistag/Stadtrat/Gemeinderat vertre-
24 ten ist.

25 (3) Hiervon kann nur abgewichen werden, wenn kein*e
26 Genoss*in unter 35 Jahren zur Wahl antritt.

27

28 **Begründung**

29 Trotz eines doch recht guten Ergebnisses der SPD wurde
30 ein Wahlziel der SPD vielerorts nicht erreicht: Die Verjün-
31 gung der SPD-Fraktionen in den Räten und Kreistagen
32 ist vielerorts noch nicht geschehen, auch wenn einige
33 erfreuliche Ausnahme die Regel bestätigen.

34 Nun leben wir auch nicht mehr in den Zeiten Willy Brandts,
35 in denen wir reich an Mitgliedern waren und damit teil-
36 weise ein Überangebot an Kandidatinnen und Kandida-
37 ten hatten. Insbesondere ist seit diesen Zeiten die Anzahl
38 an jungen Mitgliedern zurückgegangen und somit auch
39 die Anzahl an jungen Kandidatinnen und Kandidaten und
40 demzufolge auch die Anzahl an jungen Ratsmitgliedern
41 der SPD. Jedoch muss die junge Bevölkerung in den Räten
42 gerade von der SPD repräsentiert werden. Dies ist vieler-
43 orts aber überhaupt nicht der Fall, teilweise ist das jüngste
44 Ratsmitglied der SPD nicht viel jünger als 50 Jahre.

Empfehlung der
Antragskommission:
Annahme

1 In einigen SPD-Fraktionen stellt sich die Altersstruktur so
2 dar, dass drei über 65-jährige Mitglieder in der Fraktion sit-
3 zen, aber kein Mitglied, das unter 40 Jahre alt ist. Genauso
4 wie wir natürlich dafür sind, dass die ältere Bevölkerung re-
5 präsentiert sein muss, wollen wir eine Repräsentation von
6 jungen Menschen in den Räten erreichen. Dass man erfah-
7 rene Mitglieder in Fraktionen braucht, liegt auf der Hand,
8 zumal junge Ratsmitglieder von ihren Erfahrungen profi-
9 tieren können. Wenn eines von drei über 65-jähriges durch
10 ein unter 30-jähriges Mitglied ersetzt wird, ist das sicher-
11 lich nicht zu viel verlangt.

12 Wenn in einigen Räten sogar mehr junge Mitglieder von
13 der CDU sitzen, ist das ein unhaltbarer Zustand, denn ge-
14 rade die SPD will sich ja auch für die Interessen von jungen
15 Menschen einsetzen.

16 Insbesondere der Umstand, dass viele Platzhirsche nach
17 teilweise jahrzehntelanger Ratsarbeit nicht bereit sind,
18 jüngeren Menschen bei der Listenaufstellung den Vortritt
19 zu lassen, lässt viele junge Mitglieder frustrieren. Dabei
20 sollten die Platzhirsche nach jahrzehntelanger Ratsarbeit
21 doch wohl so viel Bekanntheit erreicht und viele Projekte
22 durch ihre Initiative angeschoben haben, dass sie den Ein-
23 zug direkt ohne Absicherung über die Liste schaffen kön-
24 nen. Junge Kandidatinnen und Kandidaten haben dagegen
25 den Nachteil, dass sie in ihrem jungen Alter nur in seltenen
26 Fällen einen großen Bekanntheitsgrad in der Kommune er-
27 werben konnten oder tief in Vereinen und anderen Orga-
28 nisationen eng verwurzelt sind.

29 Die Änderung dieser Richtlinie soll insbesondere dazu füh-
30 ren, dass Kandidaten, die erstmals bei einer Kommunal-
31 wahl antreten, eine realistische Chance für den Einzug in
32 eine Kommunalvertretung haben. Sollte ein junger Kandi-
33 dat dadurch in eine Vertretung einziehen, so hat er dann
34 fünf Jahre lang die Möglichkeit, sich durch aktive Arbeit
35 in den Gremien einen Bekanntheitsgrad zu erarbeiten, um
36 bei der nächsten Wahl den Direkteinzug zu schaffen.

37 Schließlich brauchen wir auch in Zukunft stellvertre-
38 tende Bürgermeister/Landräte, Fraktionsvorsitzende und
39 Verwaltungs- bzw. Kreisausschussmitglieder. Um diese
40 verantwortungsvollen Positionen eines Tages angemessen
41 ausüben zu können, braucht es an einiger Erfahrung in den
42 Kommunalvertretungen, gerade um eine Souveränität für
43 die Abläufe und rechtlichen Rahmenbedingungen zu ent-
44 wickeln. Wenn wir junge Mitglieder rechtzeitig auf eine
45 spätere Verantwortung vorbereiten, können wir uns deut-
46 lich von unseren politischen Mitbewerbern absetzen.

47 Gerade die junge Bevölkerung braucht einen Ansprech-
48 partner, der direkt am Entscheidungsprozess beteiligt ist.
49 Ein beratendes Mitglied im Jugendausschuss entfaltet

1 hierfür keine adäquate Wirkung, weil zumeist viele junge
2 Menschen gar nicht wissen, dass eine solche Position über-
3 haupt existiert. Zudem darf nicht verkannt werden, dass
4 ein beratendes Mitglied eben nur eine beratende Funktion
5 und ein Ratsmitglied immerhin Stimmrecht hat.
6 Wenn ein junges Ratsmitglied durch seine Ratstätigkeit in-
7 haltlich etwas bewirken kann, dann ist dies ein positives
8 Beispiel für andere junge Menschen, die sich dann viel-
9 leicht ermutigt fühlen, selbst für eine Kommunalvertretung
10 zu kandidieren. So kann man zumindest im Ansatz
11 Politikverdrossenheit bekämpfen und die Kommunalpoli-
12 tik stärker in das Bewusstsein junger Menschen rücken.

Weiterleitung an:
Bezirksvorstand

13 **S2**
14 **Antragsteller: Bezirksvorstand**
15
16 **Satzungsänderungsantrag § 32 BezStatut**

17
18
19 • **32 Aufstellung von Listen zu Kommunalwahlen**
20 Neu:
21 (2) Aufstellung der Wahlvorschläge:
22 a) Die Wahlvorschläge haben in jedem Wahlbereich in der
23 Anzahl der bei der letzten Kommunalwahl erreichten Man-
24 date abwechselnd Frauen und Männer zu berücksichtigen.
25 b) Für die nach den bei der letzten Kommunalwahl erreich-
26 ten aufzustellenden Wahlvorschlagsplätze muss auf min-
27 destens jedem dritten folgenden Platz das in der bisheri-
28 gen Reihung jeweils unterrepräsentierte Geschlecht auf-
29 gestellt werden.
30 c) Für die Wahlgebiete ist bei den/m Wahlvorschlag/-
31 schlägen sicherzustellen, dass Frauen und Männer mit
32 mindestens jeweils 40 Prozent vertreten sind.
33 (3) Wahlvorschläge zur Nominierungsversammlung zur
34 Aufstellung der Kommunalwahlen entsprechend § 21
35 NKWG f.f. müssen diese Richtlinien erfüllen.
36 (4) Die Wahlvorschläge sind allen beteiligten Gliederungen
37 der Partei mindestens zwei Wochen vor der Einladung zur
38 Nominierungsveranstaltung zuzustellen.
39 (5) Die Aufstellungsgremien sind entsprechend der
40 Satzung gehalten, die quotierten Personalvorschläge
41 auch in den Nominierungsveranstaltungen nach der
42 NKWO/NKWG umzusetzen.

43 **Erläuterung**

44 Bei der Besetzung der Listenplätze ist von Platz 1 begin-
45 nend die Geschlechterquote alternierend für die in der

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

ggf. mit Änderungen
aus S 1

Wurde bereits zur Kom-
munalwahl 2016 so prak-
tiziert und setzt nun die
Beschlüsse aus 2016 im
Bezirksstatut um.

- 1 letzten Wahlperiode erreichten Mandate auf dieser Liste
2 anzuwenden.
- 3 **Beispiel:** *Es sind bei der letzten Kommunalwahl 9 Kandida-*
4 *tinnen und Kandidaten einer 18 Plätze umfassenden Liste*
5 *gewählt worden.*
- 6 *Ein Geschlecht ist auf jeden Fall entweder auf Platz 1 oder 2*
7 *abzusichern. Dann folgen alternierend die Geschlechter bis*
8 *zur Anzahl der in der letzten Wahlperiode erreichten Manda-*
9 *te, also bis Platz 9.*
- 10 *Danach hat die Liste ab Platz 10 auf den jeweils folgenden*
11 *drei Plätze mindestens eine Person des in der vorherigen Rei-*
12 *hung unterrepräsentierten Geschlechts zu enthalten.*
- 13 *Die Gesamtliste muss mind. 40% des unterrepräsentierten*
14 *Geschlechts beinhalten*
- 15 (6) Auf den ersten vier Plätzen der Kommunalwahllisten
16 soll mindestens eine Genossin oder ein Genosse unter 30
17 Jahren berücksichtigt werden.
- 18 (7) Die Aufstellung erfolgt im Benehmen mit dem
19 Unterbezirksvorstand (für die Gemeindeebene) bzw. Be-
20 zirksvorstand (für die Kreisebene).
- 21
- Weiterleitung an:**
Bezirksvorstand
-

A+S Arbeit und Soziales

1 **A+S1**

2 **Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand**

3

4 **Abschaffung Krankenkassenbeiträge bei Zusatzren-**
 5 **ten**

6

7 Die Krankenkassenbeiträge auf Ergänzungs- bzw. zu-
 8 sätzliche private Renten sind abzuschaffen.

9

10 **Begründung**

11 Mit dem Gesetz der Absenkung der Rentenbezüge auf
 12 43 Prozent bis zum Jahr 2030, wurde gleichzeitig dafür
 13 plädiert, dass die Versicherungsnehmer/ Arbeitnehmer
 14 eine zusätzliche Vorsorge durch eine private / betriebliche
 15 oder Ergänzungsrente für das Alter treffen sollen.

16 Sofern Versicherungsnehmer von dieser Möglichkeit Ge-
 17 brauch gemacht haben bzw. zukünftig Gebrauch machen
 18 wollen, wird diese zusätzliche Rente mit dem vollen Kran-
 19 kenkassenbeitrag belegt.

20 Bei der gesetzlichen Rente erfolgt eine Splittung, indem
 21 der Rententräger und der Rentennehmer jeweils die Hälfte
 22 der Krankenkassenbeiträge zahlen.

23 Bei der zusätzlichen Rente, privat / betrieblich/ Ergän-
 24 zungsrente(VBL) zahlt der Rentennehmer seit dem 1. Janu-
 25 ar 2004 den vollen Krankenkassenbeitrag, also sowohl den
 26 Beitrag des Rententrägers wie den des Rentennehmers.
 27 Zurzeit beläuft sich der Gesamtbeitrag für beide Anteile
 28 auf 15,5 Prozent.

29 Mit dieser gesetzlichen Änderung wird das Ansinnen zur
 30 gesetzlichen Rente eine zusätzliche Rente als Vorsorge an-
 31 zustreben ad absurdum geführt.

32 Der zusätzliche Anreiz einer weiteren Renten zur gesetz-
 33 lichen Rente wird dadurch geschmälert, dass zwar die
 34 Rentenminderung ausgeglichen werden soll, andererseits
 35 aber eine Benachteiligung durch höhere Beitragszahlun-
 36 gen des Einzelnen an die Krankenkasse erfolgt und da-mit
 37 zu einer Schmälerung der zusätzlichen Rente führt, ohne
 38 dass dieses zu Vorteilen des Rentennehmers führt. Gewin-
 39 ner dieser zusätzlichen vollen Beitragserhebung sind ledig-
 40 lich die Krankenkassen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

1 **A+S2**

2 **Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand**

3

4 **Korrektur Rentenformel**

5

6 Die Rente wieder auf die alte Formel, wie sie vor dem
7 Jahre 2001 ihre Gültigkeit hatte, wiedereinsetzen.

8

9 **Begründung**

10 Durch die Aufgabe der bisherigen Rentenformel, dem Ab-
11 senken auf 43 Prozent, wird es zu einer Durchschnittsrente
12 von 1086,- € im Jahre 2030 kommen.

13 Diese führt zu einer Altersarmut nicht nur bei Rentnern
14 mit niedrigem Einkommen aus dem Erwerbsleben, son-
15 dern insbesondere bei Frauen, die in vielen Fällen eine un-
16 terbrochene Erwerbstätigkeit aufzuweisen haben.

17 Der mit dem Absenken verbundene Wille nach einem Aus-
18 gleich durch den Abschluss einer zusätzlichen privaten
19 Rente hatte keinen Erfolg, da das Einkommensniveau bei
20 den Betroffenen nicht ausreicht und der laufende Niedrig-
21 zinssatz sowie die Preissteigerungsraten ein Ansparen ei-
22 ner privaten Rente unmöglich machen. Auch die Betriebs-
23 renten, sind nicht in dem Maße entstanden wie ange-
24 dacht.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung**

25 **A+S3**

26 **Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand**

27

28 **Paritätische Finanzierung der Beiträge zur Kranken-
29 versicherung wieder einführen**

30

31 Die SPD-AG 60plus im Bezirk Weser-Ems fordert, dass
32 die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
33 wieder zu gleichen Teilen von den Versicherten und den
34 Arbeitgebern getragen werden. Die zurzeit bestehende
35 einseitige Belastung der Versicherten durch mögliche
36 Zusatzbeiträge muss entfallen.

37

38 **Begründung**

39 Die AG 60plus begrüßt die entsprechenden Forderun-
40 gen der SPD-Bundestagsfraktion, die sie hiermit voll
41 unterstützt.

42 Zurzeit werden die kassenindividuellen Zusatzbeiträge –

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 und damit mögliche Beitragssteigerungen – allein den Ver-
2 sicherten aufgebürdet. Als Schwarz-Gelb seinerzeit die pa-
3 ritätische Finanzierung der GKV aufgegeben hat, ging es
4 darum, die Lohnnebenkosten zu senken, um die Arbeit-
5 geber in Zeiten der Wirtschaftskrise zu entlasten. Doch
6 mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen funda-
7 mental gewandelt: Die deutsche Wirtschaft brummt und
8 die Beschäftigtenzahlen liegen auf Rekordniveau. Deshalb
9 müssen Ausgaben-steigerungen, die aufgrund des demo-
10 grafischen Wandels und des medizinischen Fortschritts
11 unweigerlich entstehen, zukünftig wieder zu gleichen Teil-
12 len von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wer-
13 den.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

14 **A+S4**

15 **Antragsteller: Unterbezirk Wesermarsch**

16

17 **Tarifautonomie stärken – Tarifpartnerschaft leben**

18

19 Die entsprechenden Parteigremien aufzufordern, sich
20 für die Selbstverpflichtung der SPD einzusetzen, überall
21 dort, wo SPD-Vertreter in Tarifverhandlungen auf Arbeit-
22 geberseite agieren, immer ein Tarifangebot abgegeben
23 wird.

24

25

26 **Begründung**

27 Die Tarifautonomie wird untergraben und verliert an
28 Rechtfertigung, wenn die Tarifverhandlungen zu rituali-
29 sierten Abläufen verkommen.

30 Wenn die Arbeitgeberseite standardmäßig kein Angebot
31 unterbreitet und dies vorhersehbar zu grundsätzlich ver-
32 meidbaren Warnstreiks führt, verlieren beide Seiten an Le-
33 gitimation. Dieses gilt es zu vermeiden.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesvorstand

SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 **A+S5**

2 **Antragsteller: Unterbezirk Emsland**

3

4 **Schaffung von Wohneinrichtungen für junge Erwach-**
5 **sene mit einer geistigen Behinderung**

6

7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8 Die Parteitage der SPD Bezirk Weser-Ems und des SPD-
9 Landesverbandes Niedersachsen, der Landesvorstand
10 der SPD Niedersachsen und die SPD-Landtagsfraktion
11 werden gebeten zu prüfen, ob kurzfristig die Schaffung
12 neu zu errichtender Wohneinrichtungen für Menschen
13 mit geistiger Behinderung, v.a. für junge Erwachsene
14 möglich ist.

15 Diese Einrichtungen müssen den Vorgaben der Eingliede-
16 rungshilfe entsprechen und den regionalen Bedarf decken.

17

18 **Begründung**

19 Die Nord-West-Region in Niedersachsen ist mit statio-
20 nären Wohneinrichtungen für v.a. junge Menschen mit
21 geistiger Behinderung nicht bedarfsdeckend ausgestattet.
22 Ab 2020 ist eine Unterscheidung zwischen ambulant und
23 stationärem Wohnen nicht mehr vorgesehen. Vor dem
24 Hintergrund, dass es aber immer Menschen mit Behinde-
25 rungen geben wird, für die eine sehr freie Wohngestaltung
26 nicht möglich sein wird, ist zu prüfen – und nach Mög-
27 lichkeit auch in die Wege zu leiten -, inwiefern jetzt noch
28 Einrichtungen der o.g. Art genehmigt / geschaffen werden
29 können. Im Falle z.B. der Stadt Emden ist eine stationäre
30 Wohneinrichtung gem. den Vorgaben der Eingliederungs-
31 hilfe überhaupt nicht vorhanden.

32 Aus verständlichen Gründen wünschen sich betroffene El-
33 tern eine wohnortnahe Unterbringung ihrer erwachsenen
34 Kinder mit geistiger Behinderung.

35 Eine dauerhafte Unterbringung im Elternhaus – mit dauer-
36 hafter Pflege durch die auch immer älter werdenden Eltern
37 – ist nicht hinnehmbar, auch wenn bisher von den Kosten-
38 trägern und der Gesellschaft / Politik dieses als selbstver-
39 ständlich angenommen wurde.

40 Die Fallzahlen liegen den jeweiligen Kostenträgern vor, in-
41 sofern ist es ein Leichtes, von diesen Zahlen den tatsächli-
42 chen Bedarf in der jeweiligen Region zu ermitteln.

Weiterleitung an:

SPD-Landesvorstand

SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

mit folgender Ände-
rung ab Zeile 10:

„in Form einer An-
frage an die SPD-
Landesregierung zu
prüfen, welche Bedarfe
in den Regionen Nieder-
sachsen nach teilsta-
tionären Einrichtungen
vorhanden sind, die
durch bisherige Angebo-
te/Leistungstypen nicht
abgedeckt werden“.

Die Landtagsfraktion soll
aufgrund dieser Erkennt-
nisse ein umfassendes
Versorgungskonzept
erstellen.

1 **A+S6**
2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**
3
4 **Abschaffung sachgrundloser Befristung**
5
6
7 **Abschaffung sachgrundloser Befristung und Equal Pay**
8 **+10%:**
9
10 • Der §12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes wird ab-
11 geschafft. (Arbeit auf Abruf)
12 • Die §14 Abs. 2, 3 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes
13 werden abgeschafft. (sachgrundlose Befristung)
14 • Für Zeit- und Leiharbeit (und Werkvertragsarbeit) ist
15 den Beschäftigten zukünftig ein Lohn zu zahlen, der
16 10% (mindestens jedoch 1€/Stunde) über dem für die
17 Arbeit/im beauftragenden Unternehmen (nicht beim
18 Subunternehmer) üblichen/geltenden Tariflohn liegt.
19 (Equal Pay +10%)
20 **Begründung**
21 Wir als Juso-Bezirkskonferenz sind der Meinung, dass Ar-
22 beitsverträge nur dann befristet werden sollten, wenn die
23 hierdurch gewonnene Flexibilität tatsächlich für den wirt-
24 schaftlichen Betrieb des Unternehmens unausweichlich
25 ist wie es in §14 Abs.1 TzBfG festgelegt ist. Oftmals werden
26 eben diese Befristungen aber benutzt um,
27 • die Personalkosten zum Nachteil der Beschäftigten zu
28 senken.
29 • die Krankheitstage zu verringern.
30 • die Lohnfortzahlung aushebeln zu können.
31 • den Kündigungsschutz zu umgehen.
32 Auch Martin Schulz hat diese Problematik schon angespro-
33 chen und möchte die sachgrundlosen Befristungen nach
34 §14 Abs. 2 abschaffen. Auch wenn dies ein Schritt in die
35 richtige Richtung ist, so ist diese Änderung allein nicht fä-
36 hig die Problematik zu bekämpfen, da Arbeitsgeber auf an-
37 dere Befristungsmodelle umsteigen können.
38 Ein problematische Modell stellt die Arbeit auf Abruf nach
39 §12 des TzBfG dar. Dieses beinhaltet eine Ankündigungsfrist
40 von 4 Tagen und eine Wochenarbeitszeit in einem Bereich
41 von 10-40 Stunden.
42 Die untere Wochenarbeitszeitgrenze von 10 Stunden, wel-
43 che eigentlich als Schutz für den Arbeitnehmer eingeplant
44 war, kann aber gegen diesen verwendet werden, falls die-
45 ser einer kurzfristigen Ankündigung, von deutlich unter 4
46 Tagen, nicht zustimmen sollte. Der Arbeitgeber kann den
47 Arbeitnehmer auf der unteren Wochenarbeitszeitgrenze
48 beschäftigen, wodurch er gezwungen wird bei der Agentur

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

mit folgender Ände-
rung:
Streichung Zeilen 14-19

1 für Arbeit eine „Aufstockung“ zu beantragen.
2 Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat bei
3 einer Umfrage ermittelt, dass sich nur bei 27% der Beschäf-
4 tigten an die 4-Tages-Frist gehalten wird, in den übrigen
5 Fällen findet die Ankündigung teilweise erst wenige Stun-
6 den vor dem geforderten Arbeitsantritt statt. Hierdurch
7 werden die Beschäftigten in permanenter Bereitschaft ge-
8 halten und sind nahezu rund um die Uhr beruflich gebun-
9 den.
10 Für Arbeitnehmer in befristeter, Zeit- und Leiharbeit stellt
11 das Risiko einer Nichtverlängerung des Arbeitsvertrages
12 einen erheblichen Unsicherheitsfaktor in der Lebenspla-
13 nung dar. Auf der anderen Seite werden derzeit Arbeitge-
14 ber, die ihren Angestellten reguläre unbefristete Arbeits-
15 verhältnisse bieten, insbesondere im Bereich der geringer
16 qualifizierten Tätigkeiten dafür sogar bestraft: Selbst bei
17 Zahlung gleichen Lohns verzichten sie auf die betriebliche
18 Flexibilität, die ihnen befristete Arbeitsverhältnisse bieten
19 würden.
20 Um die Arbeitnehmer für finanzielle und Planungsunsi-
21 cherheiten ein Stück weit zu entschädigen und gleichzei-
22 tig Arbeitgeber dazu zu bringen, wieder verstärkt auf un-
23 befristete Arbeitsverhältnisse zu setzen, soll dementspre-
24 chend der Equal Pay +10% Ansatz zukünftig verbindlich gel-
25 ten: Hierdurch sollen Arbeitnehmer, die befristet arbeiten,
26 110% des für die Tätigkeit geltenden Tariflohnes erhalten.
27 Dies soll auch für bei Leih- und Zeitarbeitsfirmen Beschäf-
28 tigte gelten, die erhöhten Löhne müssen auch hier voll-
29 ständig an den Arbeitnehmer ausgezahlt werden.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion

30 **A+S7**
31 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**
32
33 **Erweiterung des Kündigungsschutzes**

34
35 Die SPD setzen sich für eine Erweiterung des Kündi-
36 gungsschutzes ein. ArbeitnehmerInnen, die mindestens
37 sechs Monate in einem Betrieb angestellt sind, der re-
38 gelmäßig mindestens fünf MitarbeiterInnen beschäftigt,
39 müssen generell unter das Kündigungsschutzgesetz
40 fallen.

41
42 **Begründung**
43 Damit ArbeitnehmerInnen sich auf den Kündigungs-
44 schutz nach dem KSchG berufen können, müssen sie

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 grundsätzlich in einem Betrieb beschäftigt sein, der re-
2 gelmäßig mehr als zehn ArbeitnehmerInnen beschäftigt.
3 Ansonsten können sie sich nur auf einen allgemeinen
4 Kündigungsschutz berufen.
5 Diese Mindestanzahl wird vertreten, um Erleichterungen
6 für ArbeitgeberInnen in Kleinbetrieben zu bewirken, die
7 nicht unter das KSchG fallen sollen.
8 Sicherlich ist der Kündigungsschutz eine Belastung für Ar-
9 beitgeberInnen in Kleinbetrieben, da hier meist weniger
10 Erfahrung mit Beendigung von Arbeitsverhältnissen vor-
11 handen ist als in größeren Betrieben. Daher ist es nachvoll-
12 ziehbar, dass der besondere Kündigungsschutz nicht un-
13 eingeschränkt gelten soll.
14 Andererseits bedeutet es für ArbeitnehmerInnen ein ganz
15 anderes Risiko, wenn diese sich nicht auf den besonderen
16 Kündigungsschutz berufen können.
17 Aus diese Erwägungen heraus ist für eine gerechte Risiko-
18 verteilung zu sorgen. Mit der Zahl der Beschäftigten er-
19 höht sich die Verantwortung für diese. Eine Festlegung
20 eines Schwellenwertes für die Anwendbarkeit des KSchG
21 ist sicher nie ganz willkürfrei. Bei ArbeitgeberInnen, die
22 mehr als fünf Beschäftigte aufweisen, sollte aber bereits
23 von einer besonderen Verantwortung für die Mitarbeite-
24 rInnen ausgegangen werden. Solchen ArbeitgeberInnen
25 ist es durchaus zuzumuten, sich mit den Bedingungen des
26 besonderen Kündigungsschutzes auseinanderzusetzen

27 Erhöhung und Reform der Erbschaftssteuer

28 Die Juso-Bezirkskonferenz spricht sich weiterhin für die Er-
29 höhung des Spitzensteuersatzes, für eine Erhöhung und
30 Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung
31 der Vermögenssteuer aus.

32 Begründung:

33 Als Kompromiss für die derzeit regierende Große Koaliti-
34 on ist die SPD von ihren ursprünglichen Steuerplänen ab-
35 gewichen. Mittlerweile haben führende GenossInnen sich
36 gegen die Weiterverfolgung der Steuerpläne ausgespro-
37 chen. Dazu gehören unter anderem Andrea Nahles und
38 Sigmar Gabriel. Allerdings gilt nach wie vor, dass zahlrei-
39 che sinnvolle Investitionen der öffentlichen Hand derzeit
40 nicht verfolgt werden können und generell zahlreiche öf-
41 fentliche Einrichtungen unterfinanziert sind (Schulen, Uni-
42 versitäten etc.). Für Investitionen in die Daseins-Vorsorge
43 und um das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu ver-
44 hindern müssen die ursprünglichen Steuerpläne dringend
45 weiterverfolgt werden.

Weiterleitung an:
SPD-Bundesparteitag

1 **A+S8**

2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

3

4 **Mindestlohn**

5

6 Die mittelfristige Erhöhung des Mindestlohnes auf
7 12€ pro Arbeitsstunde und die jährliches positive Anpas-
8 sung des dann aktuellen Mindestlohnes mindestens in
9 der Höhe der Inflation.

10

11 **Begründung**

12 Der aktuelle Mindestlohn im Jahr 2017 liegt bei 8,84€ pro
13 Arbeitsstunde und führt bei einer vollen Erwerbstätig-
14 keit (38,5 std /4,3 Wochen) zu einem Bruttoentgelt von
15 1463,46€. Abzüglich der Steuern und Sozialabgaben führt
16 dies zu einem Nettoentgelt bei alleinstehenden Men-
17 schen von 1080€. Die aktuelle Armutsgrenze (980€/2012)
18 bei Singles liegt nur kaum darunter. Alleinstehende die
19 Vollzeit arbeiten überragen die Armutsgrenze trotz Arbeit
20 nur kaum. Sie sind trotz Arbeit arm.

21 Bei Familien mit zwei Kinder liegt die Armutsgrenze bei
22 1640€. Diesen Wert erreichen Familien jedoch nur, wenn
23 beide Partner*innen Vollzeit arbeiten. Zumeist arbeitet die
24 Frau jedoch nur Teilzeit und die Familie liegt damit bei zwei
25 arbeitenden Eltern (38,5 std und 30std) mit 1964€ Net-
26 toeinkommen wieder nur knapp über dem Armutsrisiko
27 trotz (Vollzeit) Erwerbstätigkeit.

28 Eine Familie mit 2 Kindern hat aus Sicht der Arbeitsagentur
29 einen Bedarf von 2248€ (davon 910€ Wohngeld). Abzüg-
30 lich des Kindergeldes würde die Familie folglich mit 1868€
31 unterstützt. Die Familie profitiert von der Erwerbstätigkeit
32 lediglich mit 100€ monatlich.

33 Die Grundsicherung im Alter sieht einen Bedarf von min-
34 destens 409€ monatlich vor. Im Durchschnitt werden mit
35 Wohngeld Ansprüche um 900€ geltend gemacht. Bei ei-
36 nem Beitragssatz der Rente von 43% würde dies bedeu-
37 ten, dass trotz Vollzeiterwerb in 45 Berufsjahren nur 464€
38 monatliche Rente erreicht würde. Die Rente reicht somit
39 nicht zum Leben. Wie oben bereits beschrieben, verlaufen
40 Erwerbsbiographien jedoch nicht immer gradlinig, son-
41 dern sind häufig unterbrochen (Schwangerschaften, El-
42 ternzeiten, Pflegezeiten, Kindererziehung, Praktika, Zeitar-
43 arbeit, Qualifizierungen, Kurzarbeit, Saisonale Schwankun-
44 gen, ...). Der somit zu erreichende Rentenanspruch von
45 464€ kann daher nur selten erlangt werden.

46 Mit einer Erhöhung des Mindestlohnes auf 12€ (1986€
47 Brutto im Monat / 1358€ Netto) würde eine Rente von
48 1070€ (Jahrgang 1985) erreicht werden. Diese Rente würde

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

1 somit über dem durchschnittlichen Grundsicherungssatz
2 liegen.
3 Die Erhöhung des Mindestlohnes führt vor allem Familien
4 und Renter*innen aus einer lebenslangen Armut trotz Ar-
5 beit. Die Erhöhung der Einnahmen würde im hohen Maße
6 der Kaufkraft zugeführt und der Wirtschaft förderlich sein.
7 Die erhöhte Nachfrage nach Konsumgüter erhöht ebenso
8 den Import und gleicht den deutschen Exportüberschuss
9 zunehmend aus. Das Gefälle zwischen den europäischen
10 Ländern würde reduziert und die europäische Gesamtwirt-
11 schaft gestärkt

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

12 **A+S9**

13 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

14

15 **Verpflichtende Ethikschulungen für Führungskräfte**

16

17 Um die eigene Zukunftsfähigkeit für den Betrieb und
18 die ArbeitnehmerInnen zu sichern, sind Unternehmen
19 auch auf ethische Werte angewiesen. Nur wenn ethische
20 Werte in den Unternehmen auch gelebt werden, sind sie
21 glaubwürdig und tragfähig und tragen zusätzlich zur Ver-
22 besserung von Arbeitsbedingungen bei. Glaubwürdiges
23 Wertemanagement fängt hier bei den Führungskräf-
24 ten, Unternehmern und Managern an. Die ethischen
25 Prinzipien guten unternehmerischen Handelns müssen
26 auch im Zeitalter der Globalisierung zählen. Die Soziale
27 Marktwirtschaft ist auf eine Ethik der Verantwortung
28 für MitarbeiterInnen und Gesellschaft angewiesen. Wir
29 fordern daher:

- 30 • eine Verpflichtende Ethikschulung für Führungskräf-
31 te, Unternehmer und Manager mit mehr als fünf wei-
32 sungsuntergebenen ArbeitnehmerInnen

33 **Begründung**

34 Innerhalb vieler Unternehmen spielt werteorientiertes
35 Handeln längst eine wichtige Rolle. Zahlreiche Unterneh-
36 men haben sich freiwillig Leitlinien gegeben, die eine
37 ethische Unternehmenskultur fördern und zu verantwor-
38 tungsvollem Umgang miteinander ermutigen. Mit der Ori-
39 entierung an international anerkannten Leitlinien stecken
40 international operierende Unternehmen darüber hinaus
41 den Rahmen für verantwortungsvolles Handeln im Aus-
42 land ab. Wertansprüche und -haltungen in der Unterneh-
43 mensstruktur zu verankern, ist eine wichtige Aufgabe der
44 Unternehmensführung.

**Empfehlung der An-
tragskommission:**

Überweisen an Be-
zirksvorstand zur ge-
meinsamen Diskussion
mit AfA, AGS und Jusos

1 Auch die Sozialpartner können mit Branchenkodizes Ori-
2 entierungshilfen für Unternehmen geben und bürger-
3 schaftliche Mitverantwortung übernehmen. Im sogenann-
4 ten Wittenberg-Prozess der Chemie-Sozialpartner haben
5 Arbeitgeber und Gewerkschaft z. B. einen Ethik-Kodex fest-
6 geschrieben, dessen Ziel ein werteorientiertes, faires Ver-
7 halten untereinander ist. Auch der Gesamtverband tex-
8 til+mode hat einen „Code of Conduct“ für die Textil- und
9 Modeindustrie beschlossen und empfiehlt den Unterneh-
10 men der Branche, diesen Kodex für sich zu nutzen.

11 Zu einer dauerhaften Wertebildung trägt auch das ge-
12 sellschaftliche Engagement von Unternehmen bei. Schon
13 heute engagieren sich einige Unternehmen in Deutsch-
14 land auf verschiedene Art und Weise gesellschaftlich. Ge-
15 sellschaftliches Engagement ist für Unternehmen eine
16 Chance, sich aktiv in das Gemeinwesen einzubringen und
17 dabei zusätzlichen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft
18 zu schaffen. Dieses freiwillige Engagement, das von der Ei-
19 geninitiative und Eigenverantwortung der Wirtschaft aus-
20 geht, leistet einen großen Beitrag dazu, den Zusammen-
21 halt in unserer Gesellschaft zu stärken.

22 Mit Blick auf die immensen Herausforderungen unse-
23 rer Zeit kann das Leitbild der Nachhaltigkeit als wertvol-
24 ler Kompass dienen. Nachhaltigkeit bedeutet, verantwort-
25 tungsvoll und verlässlich langfristigen Zielen zu folgen,
26 statt kurzfristige Erfolge im Blick zu haben und nicht auf
27 Kosten künftiger Generationen zu handeln. Diese Nach-
28 haltigkeit gilt sowohl für materielle als auch für Personel-
29 le Ressourcen. Der gute Umgang mit seinen Mitarbeite-
30 rInnen ist genauso wichtig wie der ressourcenschonende
31 Umgang mit Produktionsmaterialien

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

32 **A+S10**

33 **Antragsteller: Kreisverband Leer**

34

35 **Abschaffung von Krankenkassenbeiträgen auf Be-**
36 **triebsrenten und andere Versorgungsbezüge**

37

38 Abschaffung von Krankenkassenbeiträgen auf Betriebs-
39 renten und andere Versorgungsbezüge.

40

41 **Begründung**

42 Seit dem 1. Januar 2004 müssen alle in der gesetzlichen
43 Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebs-
44 renten und anderen zusätzlichen Versorgungsbezügen

Empfehlung der An-
tragskommission:
Erledigt

durch Annahme An-
trag A+S 1

1 den vollen Beitragssatz zur Kranken-und Pflegever-
2 sicherung entrichten. Dabei wurde jedoch mit dem
3 Nachhaltigkeitsgesetz zur Absenkung der Rentenbezüge
4 auf 43% bis zum Jahr 2030 vehement dafür geworben,
5 dass Versicherungsnehmer/Arbeitnehmer eine zusätzli-
6 che Vorsorge durch eine private oder Ergänzungsrente
7 für das Alter treffen sollen. Sofern Arbeitnehmer von
8 dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, oder zu-
9 künftig Gebrauch machen wollen, wird diese zusätzliche
10 Rente mit dem vollen Krankenkassenbeitrag, z.Zt. 15,5%,
11 belegt. (Doppelterbeitrag). Dadurch wird der Anreiz,
12 zu erwartende niedrige Renten durch private oder be-
13 triebliche Zusatzrenten auszugleichen konterkariert, und
14 die Akzeptanz von Zusatzrenten gefährdet. Zudem ist
15 dies eine klare Schlechterstellung von pflichtversicherten
16 Rentnern mit Betriebsrenten oder anderen zusätzlichen
17 Versorgungsbezügen. Die SPD AG 60 plus im Kreis Leer
18 bittet die Mitglieder des Kreisparteitages um Zustimmung
19 und Weiterleitung an die Gremien der Bundespartei.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

20 **A+S11**

21 **Antragsteller: Kreisverband Leer**

22

23 **Einführung eines geltenden Tarifvertrages für alle**
24 **Pflegeberufe**

25

26 Der Bezirk Weser-Ems fordert die SPD-Bundestagsfraktion
27 auf, zu prüfen, wie die Tarifbindung im Pflegebereich in
28 Deutschland gesteigert werden kann. Das Ziel sollte der
29 Abschluss eines Tarifvertrages“ Soziales“ sein.

30

31 **Begründung**

32 Zur Sicherung der Beschäftigten und für das Funktionieren
33 des Sozialsystems ist ein vernünftiges Tarifvertragssystem
34 von elementarer Bedeutung. Besonders im Pflegebereich
35 ist die Zahlung des Tariflohns zwingend erforderlich. Gera-
36 de in privatwirtschaftlich geführten Pflegeeinrichtungen
37 erfolgt die Entlohnung der Pflegekräfte nach Haustarifen
38 oder ist reine Verhandlungssache. Dabei sind sehr große
39 Entlohnungsunterschiede festzustellen. Bedingt durch
40 den demografischen Wandel werden immer mehr Pflege-
41 heime in Deutschland mit immensen Investitionen gebaut
42 und somit zum Geschäftsmodell für Investoren. Dabei
43 geht es den Kapitalgebern und Aktionären der Pflegeein-
44 richtungen in erster Linie um Gewinnmaximierung und

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

- 1 nicht um eine gerechte Bezahlung der Pflegekräfte. Daher
- 2 sind die Heimbetreiber aufzufordern, in Zusammenarbeit
- 3 mit den Gewerkschaften verbindliche und angemessene
- 4 Tarifverträge abzuschließen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

B Bildung

1 **B1**

2 **Antragsteller: Kreisverband Friesland**

3

4 **Semesterticket auch für Online-Studierende**

5

6 Der Bezirksparteitag beantragt, Semestertickets auch
7 für Online-Studierende anzubieten.

8

9 **Begründung**

10 Bisher haben Online-Studierende nicht die Möglichkeit,
11 ein Semesterticket, wie reguläre Studenten zu erhalten
12 und müssen anfallende Fahrtkosten entsprechend den
13 normalen Tarifen der Bus – und Bahn bezahlen.

14 Da ein online- Studierender aber ebenfalls Fahrtkosten
15 hat, auch um die entsprechende Fachhochschule oder Uni-
16 versität zu erreichen, wäre es fairer, eine Wahlmöglichkeit
17 zwischen Zustellung, oder nicht- Zustellung eines Semes-
18 tertickets zu gewährleisten.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung**

19 **B2**

20 **Antragsteller: Kreisverband Wittmund**

21

22 **Pädagogische Mitarbeiter an allen niedersächsischen
23 Schulen**

24

25 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

26 In allen niedersächsischen Schulen sollen pädagogische
27 Mitarbeiter eingesetzt werden.

28

29 **Begründung**

30 Durch diesen Einsatz wird an den Schulen die Inklusion
31 unterstützt. Nur Lehrer und pädagogische Mitarbeiter
32 gemeinsam können der Idee des individuellen Förderns
33 und Forderns gerecht werden.

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteitag

SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 **B3**

2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

3

4 **Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern**

5

6 Die SPD in der Region Weser-Ems fordert, dass Nicht-
7 EU-Bürgern ein erleichterter Zugang zu einem Studium
8 in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird.
9 Daher fordern wir:

- 10 1. Das Absenken oder vollständige Abschaffen monetä-
11 rer Eingangshürden.
- 12 2. Die Unterstützung durch adäquate und qualitativ
13 hochwertige Beratungs-, Betreuungs- und Vermitt-
14 lungsangebote.
- 15 3. Die Abschaffung der Eingangs- bzw. Bewerbungshür-
16 den auf dem Arbeitsmarkt, sodass sich Studierende
17 aus allen Ländern gleichberechtigt auf einen Arbeits-
18 platz bewerben können.
- 19 4. Die Angleichung erlaubter Arbeitsstunden an den Sta-
20 tus Quo deutscher und europäischer Studierender.

21 **Begründung**

22 Wenn aktuell Nicht-EU-Bürger in Deutschland studieren
23 wollen, stehen sie immer noch vor großen und oft unüber-
24 windbaren Hürden, die eine Bewerbung auf einen deut-
25 schen Studienplatz teilweise gar nicht erst möglich ma-
26 chen und so verhindern, dass ein echter kultureller Aus-
27 tausch zwischen allen Ländern und Nationen der Welt
28 stattfinden kann. Chancen- und Bildungsgleichheit sollte
29 ein Grundsatz für jeden Menschen, egal welcher Herkunft,
30 sein.

31 1. Das Absenken oder vollständige Abschaffen monetärer
32 Eingangshürden:

33 a. Durch die derzeitigen Eingangshürden kommen nicht
34 die besten Studierenden in die Bundesrepublik, sondern le-
35 diglich diejenigen, die sich ein teures Studium leisten kön-
36 nen. Dadurch wird das verfügbare Potenzial nicht annäh-
37 rend ausgeschöpft. Diese Praxis widerspricht unseren Wer-
38 ten der Freiheit und Gerechtigkeit.

39 b. Dies stellt insbesondere für Menschen aus Ländern mit
40 geringer Kaufkraft eine hohe Hürde dar. Die starken Unter-
41 schiede in der Kaufkraftparität führt dazu, dass dem ver-
42 langten, nach deutschen Standards gering anmutenden
43 Nominalbetrag ein Vielfaches an Kaufkraft in anderen Län-
44 dern darstellt: Wo 5000€ in Deutschland in etwa einem
45 eineinhalbfachen durchschnittlichen Bruttomonatsgehalt
46 entspricht, stellt es in Ländern wie Ägypten dem einein-
47 halbfachen durchschnittlichen Bruttojahresgehalt. Umge-
48 rechnet auf die deutsche Kaufkraftparität würde dies ei-

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

mit Streichung Zeilen
15-18.

1 nem Betrag in einer Höhe von ca. 50.000€ entsprechen.
2 c. Fest steht aber auch, dass der Staat bei der Einrei-
3 se Sicherheiten verlangen darf und bisweilen auch muss.
4 Zwangsläufig muss aber diskutiert werden, wie hoch die-
5 se ausfallen. Für viele Studierende stellt es eine große Er-
6 leichterung dar, wenn das Geld nicht in gleicher Höhe hin-
7 terlegt werden muss.
8 2. Die Unterstützung durch Beratungs-, Betreuungs- und
9 Vermittlungsangebote.
10 Der Zugang zu den notwendigen Informationen für ein
11 Studium in Deutschland und die damit einhergehenden
12 Bedingungen, ist nicht für alle ausländischen Studieren-
13 den gewährleistet. Durch ein entsprechendes Angebot
14 könnte man diese Hürde verringern. Gleichzeitig entsteht
15 die vielversprochene „Wilkommenskultur“ in Deutsch-
16 land. Durch ein Beratungs- und Betreuungsangebot kann
17 den ausländischen Studierenden geholfen werden, sich
18 besser zur Recht zu finden und sich somit auch wohler zu
19 fühlen.
20 3. Die Abschaffung der Eingangs- bzw. Bewerbungshürden
21 auf dem Arbeitsmarkt:
22 Obgleich es Studierenden mit vielerlei Mühe gelingt das
23 Studium abzuschließen, so sind die Hürden einen ange-
24 messenen Arbeitsplatz zu bekommen für viele Studieren-
25 de unterschiedlich groß. Eine Abschaffung dieser Hürden
26 entspricht unseren Werten der Freiheit und Gerechtigkeit.
27 4. Die Angleichung erlaubter Arbeitsstunden an den Status
28 Quo:
29 Jede*r Studierende sollte in Deutschland gleichberechtigt
30 die Möglichkeit haben, sich sein Studium durch einen
31 angemessenen Nebenjob ermöglichen zu dürfen. Da der
32 Staat keine adäquate Finanzierung eines Studiums für je-
33 de*n Studierende*n zur Verfügung stellt, ist dies eine not-
34 wendige Bedingung zur Durchführung eines Studiums.

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteitag

35 **B4**
36 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

37
38 **Kostenfreie Bildungslandschaft**

39
40 Wir fordern die Landesregierung auf, ein kostenloses
41 Mittagessen für alle Schüler*innen die am Ganztagsun-
42 terricht an allen allgemeinbildenden Schulen teilnehmen,
43 zu ermöglichen.

44
45 **Begründung**

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 Eine ausreichende und ausgewogene Ernährung ist
2 Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Ganz-
3 tagsunterricht. Im aktuellen Hartz-4 Regelsatz ist für
4 Kinder ein Tagessatz für Essen und Trinken von 2,79€
5 angesetzt. Bei einem durchschnittlichen Preis für ein Mit-
6 tagessen von 2,50€ ist das Budget nahezu aufgebraucht.
7 Wenn sich Familien gegen das Mittagessen entscheiden
8 müssen, kommt es zu einer offenen Stigmatisierung.
9 Ohne die Teilnahme am Ganztage ist es insbesondere
10 für Alleinerziehende nicht möglich am Erwerbsleben
11 teilzunehmen. Die Teilnahme am Ganztage und somit
12 die Teilnahme an Bildungsangeboten zur Förderung der
13 Interessen darf kein Luxus sein.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktion

14 **B5**
15 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

16

17 **Lernmittelfreiheit**

18

19 Der SPD-Landesparteitag bzw. die SPD-Landtagsfraktion
20 und die Niedersächsische Landesregierung werden dazu
21 aufgefordert, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit
22 (wieder-)einzuführen.

23

24 **Begründung**

25 Der diskriminierungsfreie Zugang zur Bildung ist seit
26 langer Zeit ein sozialdemokratisches Kernanliegen. Jahr
27 für Jahr zeigen jedoch diverse Studien, dass gerade in
28 Deutschland die Bildungschancen von Schülern stark von
29 der Einkommenssituation ihrer Eltern abhängen. Es muss
30 uns daher ein wichtiges Anliegen zu sein, diesen Zustand
31 endlich zu ändern.

32 Bis zum Schuljahr 2004/2005 gab es – bis die CDU/FDP-
33 Landesregierung diese abschaffte – die sog. Lernmittelfrei-
34 heit. Innerhalb dieser stellten die Schulen ihren Schülern
35 die im Unterricht benötigten Schulbücher kostenfrei zur
36 Verfügung. Mit der Abschaffung gibt es in den Schulen die
37 entgeltliche Lernmittelausleiher für Schüler der Sekundar-
38 stufe I. Nicht alle Schulen mit gymnasialer Oberstufe bie-
39 ten diese indes für die Schüler der Sek. II an.

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteitag
SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Erledigt**

durch Landeswahl-
programm

1 **B6**
2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

3

4 **Numerus Clausus**

5

6 Wir fordern, dass der Numerus Clausus an jeglichen
7 Hochschulen abgeschafft wird.

8

9 **Begründung**

10 Der Numerus Clausus (NC) stellt eine Ungerechtigkeit
11 dar und benachteiligt angehende Studentinnen und
12 Studenten sehr. So ist es nicht nachvollziehbar, dass bei-
13 spielsweise Noten von Naturwissenschaftlichen Fächern,
14 laut dem NC, Relevant sind, selbst für Studiengänge, die
15 diese nicht benötigen. Die Niederlande sind derweil auch
16 erfolgreich von dem System des NC weg und dies ohne
17 jegliche Schwierigkeiten. Der Numerus Clausus erzeugt
18 außerdem an den Oberschulen, wo der Leistungsdruck
19 doch gerade abgebaut werden sollte, einen Leistungs-
20 überdruck, da das Erreichen von bestimmten Noten zum
21 obersten Ziel wird und es ansonsten dazu führen könnte,
22 dass einem das gewünschte Studium verwehrt bleibt.
23 Außerdem urteilte das Bundesverfassungsgericht am 18.
24 Juli 1972 über den NC, dass absolute Zulassungsbeschrän-
25 kungen zum Studium nur unter bestimmten Umständen
26 zulässig sind, da aus dem in Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Grund-
27 gesetz gewährleisteten Grundrecht der Berufsfreiheit in
28 Verbindung mit dem allgemeinen Gleichheitssatz und
29 dem Sozialstaatsprinzip ein Recht auf Zulassung zum
30 Hochschulstudium folgen müsse.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:**

Material an die Land-
tagsfraktion

31 **B7**
32 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

33

34 **Verwaltungsausbildung – mehr Praxis schaffen!**

35

36 Die SPD in der Region Weser-Ems fordert die Landes-
37 regierung auf, die Ausbildung zum Verwaltungsfachan-
38 gestellten/zur Verwaltungsfachangestellten praxisnäher
39 auszugestalten. Aus unserer Sicht bedeutet dies:

40 1. Eine bessere Betreuung der Auszubildenden durch
41 den Dienstherrn, sicherzustellen, dass die Auszubil-
42 denden vermehrt in der Sachbearbeitung eingesetzt
43 werden, um nach Beendigung ihrer Ausbildung gut

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung**

- 1 vorbereitet in ihre zukünftige Tätigkeit zu starten,
- 2 2. einen praxisnahen Unterricht zu gewährleisten sowie
- 3 3. die rechtlichen Inhalte in den Lehrgängen mehr an die
- 4 spätere Verwaltungsrealität anzupassen.

5 **Begründung**

6 Seit Jahrzehnten klagen die Auszubildenden über die Rah-
7 menbedingungen ihrer Ausbildung. Vor allem wird be-
8 mängelt, dass die Ausbildung zu theoretisch ausgestal-
9 tet und die Betreuung während der Praxisphasen in vie-
10 len Fällen unzureichend ist. In den Theoriephasen muss
11 der Praxisbezug mehr ins Zentrum gestellt werden, was
12 sich zwingend in Art und Umfang der Inhalte widerspie-
13 geln muss.

14 Zu 1: Bessere Betreuung

15 Während der Praxisphasen muss sichergestellt werden,
16 dass die Auszubildenden angemessen betreut werden. Ins-
17 besondere der Zustand, dass sich kein Mitarbeiter so rich-
18 tig für einen Auszubildenden verantwortlich fühlt, ist für
19 die Auszubildenden nicht förderlich. Es muss ein Verant-
20 wortungsbewusstsein für die Bedürfnisse der Auszubil-
21 denden geschaffen werden.

22 Zwar gibt es in jeder Behörde einen Ausbildungsleiter, der
23 sich um die Einsetzung der Auszubildenden kümmert, aber
24 sobald die Auszubildenden in einem bestimmten Amt ein-
25 gesetzt werden, fehlt eine Person, die die Auszubildenden
26 an die Hand nimmt und ihnen sachgerechte Aufgaben zu-
27 weist. Dass Auszubildende über den großen Teil eines Ta-
28 ges nicht sinnvoll beschäftigt sind, kann nicht im Sinne al-
29 ler Beteiligten sein.

30 Zu 2: Mehr Sachbearbeitung

31 In den Praxisphasen sollen die Auszubildenden den Ar-
32 beitsalltag als Verwaltungsfachangestellter kennenlernen
33 und das in der Berufsschule und in den Lehrgängen Erlern-
34 te in der Praxis anwenden. Sie sollen dabei erfahren, wie
35 ein realer Arbeitstag aussieht, der auch sie nach der Aus-
36 bildung erwartet. Dazu gehört auch, die tatsächliche Ar-
37 beitsbelastung zu erfahren und sich daran zu gewöhnen.

38 Zur Ausbildung gehört ohne Frage, die unliebsamen Tätig-
39 keiten des Kaffekochens und der Ablage und weitere klei-
40 ne Tätigkeiten auszuführen. Doch im Laufe der Ausbildung
41 sollten die Auszubildenden mehr und mehr in die Sachbe-
42 arbeitung eingeführt werden. Die Erlernung der Sachbear-
43 arbeitung ist schließlich das Ziel einer solchen Ausbildung.

44 Zu 3: Praxisnaher Unterricht

45 In der Berufsschule müssen die Unterrichtsinhalte stärker
46 an die der Ausbildung angeglichen werden. Einen gewis-
47 sen Grad an Allgemeinbildung zu erreichen und den Blick
48 über die Ausbildungsinhalte hinaus zu erhalten, läuft si-
49 cher nicht am Ziel der Ausbildung vorbei. Aber wenn die

1 Inhalte so stark von den Prüfungsinhalten abweichen, dass
2 die Auszubildenden den Sinn für die Bedeutung ihrer Aus-
3 bildung nicht im entferntesten Sinne erkennen können,
4 muss an einigen Stellen hinterfragt werden, welche Inhal-
5 te im Lichte der Ausbildung tragbar sind.
6 Anzudenken ist z.B., der Bescheidtechnik eine größere Be-
7 deutung beizumessen.
8 Auf jeden Fall ist eine deutlich engere Abstimmung zwi-
9 schen Berufsschule und den Lehrgängen zwingend erforder-
10 lich.
11 Zu 4: Anpassung der rechtlichen Inhalte
12 Die rechtlichen Inhalte stellen zweifelsohne einen elemen-
13 taren Teil der Ausbildung dar, da die Verwaltung als Rechts-
14 anwender gem. Art. 20 Abs. 3 GG an Recht und Gesetz ge-
15 bunden ist. Wichtigster Teil der rechtlichen Inhalte muss
16 das allgemeine Verwaltungsrecht und seine besonderen
17 Ausprägungen wie z.B. das Kommunal-, Sozial- oder Ord-
18 nungsrecht sein, also v.a. das öffentliche Recht.
19 Aus Sicht vieler Auszubildender nehmen die privatrecht-
20 lichen Inhalte einen zu großen Stellenwert ein. Sicher-
21 lich sind an einigen Stellen grundlegende privatrechtliche
22 Kenntnisse notwendig, aber nicht in der Tiefe, wie sie im
23 Stoffverteilungsplan vorgesehen sind. Diese sind z.T. Stoff
24 einer Vorlesung im Bereich des besonderen Schuldrechts
25 im Rechtswissenschaftsstudium. Es muss aber berücksich-
26 tigt werden, dass die Ausbildung zum Verwaltungsfachan-
27 gestellten neben den rechtlichen Kenntnissen noch ande-
28 re Inhalte erfordert. Insbesondere bei der Ausbildung von
29 einfachen Verwaltungsfachangestellten sollten die privat-
30 rechtlichen Kenntnisse auf die notwendigen Grundlagen
31 beschränkt werden. Auf den Ausbildungsebenen des ge-
32 hobenen und höheren Dienstes können entsprechend tief-
33 greifende Kenntnisse erwartet werden.
34

Weiterleitung an:
SPD-Landtagsfraktion

F Finanzen

1 **F1**

2 **Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt**

3

4 **Erbschaftssteuer gerecht gestalten**

5

6 Das BVerfG hat Ende 2014 die aktuelle Erbschaftssteuer
7 für verfassungswidrig erklärt. Bis dahin war es möglich,
8 Betriebsvermögen unter gewissen Voraussetzungen
9 vollständig steuerfrei zu verschenken bzw. zu vererben.
10 Diese Ungleichbehandlung von Vermögenswerten hat das
11 BVerfG für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber ist
12 daher in der Pflicht, ein verfassungsgemäßes Gesetz zu
13 erlassen.

14

15 Wir fordern daher eine gute und gerechte Erbschafts-
16 steuer, die zum einen die Vermögenswerte nicht mehr
17 unterschiedlich behandelt, zum anderen die Freibeträge
18 deutlich herabsetzt.

19

20 **Begründung**

21 Die Erbschafts- und Schenkungsteuer ist eine der wenigen
22 Steuern, die in der Lage ist, eine gerechte Vermögens-
23 verteilung in der Bevölkerung herbeizuführen. Die
24 Vermögensverteilung driftet in Deutschland immer wei-
25 ter auseinander und führt dazu, dass sich das Vermögen
26 immer mehr auf einige wenige Haushalte konzentriert.
27 In einem Steuersystem, in dem der Steuerpflichtige nach
28 seiner individuellen Leistungsfähigkeit besteuert werden
29 soll, ist eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer
30 unabdingbar. Eine Bevorzugung von Betriebsvermögen ist
31 dabei nicht erforderlich.

32 Erben von Unternehmen, sind lediglich dann erbschafts-
33 steuerpflichtig, wenn diese wirtschaftlich gut aufge-
34 stellt sind, da ansonsten schon die Bemessungsgrundla-
35 ge der Steuer, die Steuerschuld mindert. Ein Erbe eines
36 wirtschaftlich gut aufgestellten Unternehmens ist daher
37 durchaus in der Lage, seiner Steuerschuld nachzukommen.
38 Das vielfach geteilte Argument, einer Unternehmensinsol-
39 venz durch die Erbschaftssteuer, greift aus diesem Grunde
40 nicht. Des Weiteren ist es in der Praxis zumeist so, dass Er-
41 ben nicht nur Betriebsvermögen erben, sondern auch noch
42 privates Vermögen. Daher sind diese Erben durchaus in der
43 Lage, ihre Erbschaftssteuerschuld zu begleichen. Mit einer
44 Ungleichbehandlung von Vermögenswerten muss daher
45 Schluss sein.

46 Auch müssen die Freibeträge deutlich herabsetzt werden.
47 Die Erbschafts- und Schenkungsteuer soll wie bei der Ein-

**Empfehlung der An-
tragskommission:**

Weiterleitung an AK
Finanzen des Landesver-
bandes Niedersachsen

1 kommensteuer auch, den Hinzuerwerb besteuern. Liegen
2 die Freibeträge aber wie zurzeit für Kinder bei 400.000 €,
3 ist die Besteuerung nach der Leistungsfähig nicht mehr
4 gegeben. Möchten wir eine Gesellschaft haben, in der al-
5 le Menschen die gleichen Chancen ab der Geburt haben,
6 kann es nicht sein, dass manche Kinder bis zu 400.000
7 € steuerfrei erben können, andere Kinder, die nicht das
8 Privileg haben, in eine solche Familie hineingeboren zu
9 sein, dieses Geld sich selbst erarbeiten müssen und am En-
10 de darauf noch ihren individuellen Einkommensteuertarif
11 zahlen müssen.
12 Ein gerechtes Steuersystem kann daher den Hinzuerwerb
13 bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer nicht mit so ho-
14 hen Freibeträgen versehen. Möchte der Staat der zuneh-
15 menden Ungleichverteilung von Vermögenswerten ent-
16 gegenwirken, muss er dafür sorgen, dass eine Erbschaft-
17 und Schenkungsteuer von allen Erben und Beschenkten
18 gezahlt wird.

19 **F2**
20 **Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt**
21
22 **Bankenwesen stärker reglementieren**
23
24 Folgenden Maßnahmen sind alsbald zur Reglementierung
25 des Bankenwesens zu ergreifen:
26 1. Finanztransaktionen müssen streng besteuert wer-
27 den. Dadurch kann der Staat Rücklagen bilden und ei-
28 gene Verbindlichkeiten abbauen. Zudem sind sie not-
29 wendiges Mittel zur Steuergerechtigkeit gegenüber
30 der Besteuerung von Erträgen aus Arbeit.
31 2. Finanzhilfen für Banken dürfen in Zukunft nur noch
32 gegen entsprechende Beteiligungen an den unter-
33 stützten Instituten geleistet werden. So kann ein posi-
34 tiver Einfluss auf das Risikomanagement genommen
35 werden und Gewinne kommen anteilig dem Staat
36 und somit auch den Steuerzahler*innen und der All-
37 gemeinheit zugute.
38 3. Das Trennbankensystem muss überprüft und ver-
39 schärft werden.
40 4. Die Mindestreserve der Banken muss erhöht werden.
41 In welcher Höhe dies geschehen soll, muss von fach-
42 kundigen Menschen erörtert werden.
43 Insgesamt stellen wir fest, dass in Konsequenz früherer
44 Krisen eine strengere Regulierung des Bankenwesens
45 unerlässlich ist.
46

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

mit folgender Ände-
rung:
Zeilen 43 – 45 in die Be-
gründung nehmen.

1 **Begründung**

2 In den vergangenen Jahren kam es mehrfach vor, dass
3 Banken aufgrund ihrer besonderen Stellung im Finanz-
4 system („too big to fail“) durch Steuergelder vor der
5 Zahlungsunfähigkeit bewahrt wurden. Grundsätzlich ist
6 es natürlich im Interesse der Allgemeinheit, einen Kollaps
7 des Systems zu verhindern. Es ist jedoch nicht angemess-
8 sen, wenn aufgrund dieses Interesses der Allgemeinheit
9 das Risiko von Banken abgedeckt wird. Dort, wo Verluste
10 von der Allgemeinheit refinanziert werden, müssen auch
11 Gewinne dem Allgemeinwohl zugutekommen.

12 **F3**

13 **Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand**

14

15 **EEG Umlage**

16

17 Wir fordern, dass die Kosten für Werk- und Leiharbeit
18 bei der Berechnung der EEG Umlage nicht zu den Sachkos-
19 ten, sondern zu den Personalkosten gerechnet werden, um
20 zu verhindern, dass die Allgemeinheit dafür aufkommt.

21

22 **Begründung**

23 Bei Abbau von Stammebelegschaften sollen Unternehmen
24 neben der Einsparung von Lohnkosten nicht auch noch die
25 EEG Umlage einsparen.

26 Firmen und Konzerne arbeiten heute bis zu 80% mit Werk-
27 und Leiharbeitern. Dieses führt dazu, dass die Personalkos-
28 ten in Sachkosten umgewandelt werden. Hat eine Firma
29 hohe Sachkosten, kann sie sich von der EEG Umlage befrei-
30 en lassen. Dies führt dazu, dass Firmen und Konzerne mi-
31 nimal bis keine Energiekosten haben. Diese nicht bezahlte
32 EEG-Umlage müssen die normalen Haushalte durch Erhö-
33 hung der Strompreise ausgleichen. Wir finden es nicht in
34 Ordnung, dass die Haushalte mit höheren Stromkosten be-
35 lastet werden, wobei die Firmen und Konzerne durch diese
36 Möglichkeit ihren Gewinn drastisch erhöhen.

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 **F4**

2 **Antragsteller: Kreisverband Friesland**

3

4 **Einführung einer Zuckersteuer**

5

6 Der Bezirksparteitag fordert die Einführung einer
7 Zuckersteuer/-abgabe.

8

9 **Begründung**

10 Die SPD möge eine Steuerähnliche Abgabe auf ungesunde
11 Lebensmittel und Getränke einführen, um diese Produkte
12 künstlich teurer zu machen. Die Einnahmen aus dieser
13 Abgabe soll der Staat dafür nutzen gesunde Lebensmittel
14 zu subventionieren, um die Preise niedriger zu gestalten.

15 Der positive Effekt hierbei ist, dass grade die Mitbür-
16 ger*innen aus den sozial schlechter gestellten Einkom-
17 mensschichten einen leichteren Zugang zur gesunden Er-
18 nährung erhalten.

19 Durch diese Maßnahme würde die Lebensqualität unse-
20 rer Mitbürger*innen deutlich erhöht werden, zudem wür-
21 de unser Gesundheitssystem entlastet werden, da unge-
22 sunde, gar schlechte Ernährungsweisen, ein großer Risiko-
23 faktor für die Gesundheit darstellt.

24 Um festzustellen, welche Lebensmittel gesund und welche
25 ungesund sind, soll eine völlig unabhängige Expertengrup-
26 pe einberufen werden, welche fernab von Lobbyismus und
27 anderen unerwünschten Einflussnahmen die Lebensmit-
28 tel bewertet.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung**

I Inneres

1 I1
 2 **Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt**
 3
 4 **Kunsthistorisches Institut erhalten**
 5
 6 Die SPD bekennt sich zum Kunsthistorischen Institut
 7 der Universität Osnabrück.
 8 Sie betont die Bedeutung der Einrichtung für die Stadt Os-
 9 nabrück, die Region Weser-Ems und das Land Niedersach-
 10 sen in Hinblick auf Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur.
 11 Alle Vertreter*innen der SPD werden aufgefordert, im Rah-
 12 men ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten auf einen Er-
 13 halt des Instituts hinzuwirken.
 14
 15
 16 **Begründung**
 17 Mit der möglichen Schließung des Kunsthistorischen
 18 Instituts der Universität Osnabrück droht dieser ein gra-
 19 vierender Verlust an geisteswissenschaftlicher Forschung.
 20 Dadurch wird nicht nur die kulturelle Landschaft der Stadt
 21 Osnabrück beschnitten, sondern auch die gesamte Region
 22 sowie das Bundesland insgesamt.
 23 Mit dem einzigen verbleibenden derartigen Institut in Göt-
 24 tingen würde Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bun-
 25 desländern deutlich zurückfallen und das wissenschaftli-
 26 che Gefälle in Niedersachsen weiter zu Ungunsten der Re-
 27 gion Weser-Ems verstärkt.
 28 Im Angesicht des erstarkenden Populismus kommt den
 29 Geisteswissenschaften – namentlich auch der Kunstge-
 30 schichte – eine zunehmende aufklärerische Bedeutung zu.
 31 Daher sollte man diese Bereiche nicht durch Kürzungen
 32 schwächen, sondern in ihrer Vielfalt stärken.
Weiterleitung an:
 SPD-Landesparteirat
 SPD-Landesparteitag
 SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
 tragskommission:**

keine Empfehlung
 der Antragskommission

33 I2
 34 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**
 35
 36 **Wahlrecht für Nicht EU-Bürger*innen**
 37
 38 Wir Jusos Weser-Ems fordern im Sinne der Teilhabe
 39 aller Menschen das Wahlrecht **a) in den Kommunen, b) im**
 40 **Land** und **c) im Bund** für alle Menschen die mindestens 5
 41 Jahre in Deutschland leben.

**Empfehlung der An-
 tragskommission:
 Annahme**

1

2 **Begründung**

3 Menschen die in Deutschland leben sollen integriert
4 werden und an dem gesellschaftlichen Leben teilhaben.
5 Diese Teilhabe sollte umfänglich sein und somit auch das
6 Wahlrecht betreffen. Das Interesse an gesellschaftlichen
7 Ideen und Vorstellungen, sowie das Interesse an Teilhabe
8 und Engagement, sowie der Wunsch nach Einfluss und
9 Veränderung steht nicht im Einklang mit der Exklusion
10 aus dem Wahlrecht. Ferner ist es vielfach der Fall, dass
11 Bürger*Innen, die über viele Jahre in Deutschland leben
12 und in diesem Land ihre berufliche, familiäre und so-
13 ziale Verankerung gefunden haben, sich auch ideell mit
14 Deutschland als ihr Bezugsland verbunden fühlen.

15 Zudem unterliegen alle Menschen, die in Deutschland le-
16 ben, gleichsam den hier geltenden Gesetzen und sind an
17 die Regeln der Staatsgewalt gebunden. Hierzu zählt unter
18 anderem die Aufbringungspflicht von Steuern und Abga-
19 ben, über deren Verwendung sie nach derzeitigem Recht
20 nicht mitbestimmen können.

21 In Bezug auf das Kommunalwahlrecht liegt bereits ein von
22 SPD, Grüne und FDP getragener Antrag aus dem nieder-
23 sächsischen Landtag von Juli 2015 vor, der zum Ziel hatte,
24 sich im Bundesrat für ein aktives und passives Wahlrecht
25 auf kommunaler Ebene für alle in Deutschland lebenden
26 Ausländer einzusetzen.

27 Der genannte Mindestaufenthaltszeitraum von 5 Jahren
28 fußt auf einer Bestimmung aus dem Aufenthaltsgesetz
29 (AufenthG). Trägt eine Person seit fünf Jahren eine Aufent-
30 haltserlaubnis (§7 und §8 AufenthG), so kann sie bei Er-
31 füllung bestimmter Auflagen eine Niederlassungserlaub-
32 nis beantragen (§9 AufenthG) und verfügt damit über ein
33 unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag

IP Internationale Politik

1 **IP1**
 2 **Antragsteller: Unterbezirk Osnabrück-Stadt**
 3
 4 **Gegen Stationierung deutscher Soldaten in den balti-**
 5 **schischen Staaten**
 6
 7 Wir Sozialdemokraten lehnen die Stationierung deutscher
 8 Soldaten in den baltischen Staaten als Ausdruck einer ag-
 9 gressiven NATO- Strategie ab. Die SPD-Bundestagsfraktion
 10 ist aufgefordert, die zur Verfügung stehenden Möglichkei-
 11 ten zu nutzen, die Rückführung der deutschen Soldaten
 12 zu veranlassen und auf eine Korrektur der NATO- Politik
 13 hin zu einer Politik der Deeskalation und Entspannung
 14 hinzuwirken.
 15
 16 Die im Rahmen der Verhandlungen zur Erreichung der
 17 deutschen Einheit von der damaligen Bundesregierung
 18 gegenüber der sowjetischen Führung gegebenen Zu-
 19 sagen, keine Expansion der NATO vorzunehmen, sind
 20 selbstverständlich einzuhalten.
 21
 22 **Begründung**
 23 Erfolgt mündlich.
Weiterleitung an:
 SPD-Bundesparteitag
 SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung

24 **IP2**
 25 **Antragsteller: 60-plus Bezirksvorstand**
 26
 27 **Einfluss der Lobbyisten offen legen**
 28
 29 Der 60plus Bezirksvorstand Weser-Ems fordert die
 30 Vorstände und Fraktionen der SPD aller Ebenen auf, den
 31 Einfluss von Lobbyisten zu begrenzen oder auszuschal-
 32 ten, damit die entscheidenden Mandatsträger wieder
 33 nach ihrer eigenen Gewissensentscheidung und ihrer
 34 Überzeugung abstimmen und entscheiden können. Der
 35 Antrag schließt nicht grundsätzlich eine externe Beratung
 36 aus. Sichergestellt werden muss eine uneingeschränkte
 37 Transparenz von Struktur, Art und Umfang.
 38
 39
 40 **Begründung**
 41 Der Einfluss von Lobbyisten aus der Wirtschaft hat derar-
 42 tige Ausmaße angenommen, dass Mandatsträger nicht

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

mit Änderung Zeile
 37: „In allen Parlamenten
 soll eine uneinge-
 schränkte Transparenz
 von Struktur, Art und
 Umfang Lobbying ge-
 leiteter Tätigkeiten
 gewährleistet sein.“

1 mehr frei entscheiden können. Die Fraktionsdisziplin (der
2 Fraktionszwang?) hindert die freie eigene Entscheidung
3 zusätzlich.
4 Gesetzesentwürfe werden von allein der Gewinnmaximie-
5 rung verpflichteten Beratungsinstituten und Juristen so
6 intensiv „bearbeitet“, dass das Interesse der Menschen zu-
7 rücksteht. Die Gesetzgeber -die Parlamente- übernehmen
8 wörtlich von den Lobbyisten vorformulierte Textbauste-
9 ne in den Gesetzestext. Im Endeffekt führt das zu einer
10 Entmündigung der Abgeordneten. Verbesserungen für die
11 Bürger*innen bleiben auf der Strecke.

12 Beispiele:

13 Einflussnahme der Pharmaindustrie auf die Gesundheits-
14 politik,

15 Einflussnahme der Energiepolitik zum Nachteil der Ver-
16 braucher,

17 Einflussnahme der Autoindustrie auf Technik und Ver-
18 kehrspolitik zum Nachteil der Ökologie und der Gesund-
19 heit der Menschen

20 Einfluss auf die Sozialpolitik zum Nachteil der Älteren und
21 Schwächeren,

22 Einfluss der einschlägigen Verbände auf die Finanzpolitik

23 Einfluss beim Waffenrecht und bei der Produktion und
24 dem Export von Kriegswaffen.

25 Die Grenzen zwischen Lobbyismus und Tagespolitik sind
26 fließend, sie sind nicht ausreichend zur Verhinderung von
27 Korruption.

28 Der unbegrenzte Einfluss der Lobbyisten beschädigt das
29 Vertrauen der Wähler*innen in die politischen Funktions-
30 träger. Der Lobbyismus in der jetzt unbegrenzten Breite ist
31 schädlich für unser Land und seine Bevölkerung!

32 Dieser Antrag richtet sich nicht gegen die Beratungsein-
33 flüsse der Gewerkschaften, Kirchen, und sozialen Verbän-
34 de, deren Erfahrungen gerade im Sozialbereich unverzicht-
35 bar sind.

36 Der Einfluss des Lobbyismus ist zu minimieren, nur dann
37 wird das Vertrauen in die Politik wieder steigen und zu bes-
38 serer Wahlbeteiligung führen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesvorstand

SPD-Landesvorstand

K Kommunales

1 K1

2 **Antragsteller: Unterbezirk Wesermarsch**

3

4 **Aufhebung des Friedhofzwanges in Niedersachsen**

5

6 Die Landtagsfraktion wird beauftragt, sich für die Auf-
7 hebung des Friedhofszwanges nach Bremer Vorbild in
8 Niedersachsen einzusetzen.

9 Zum 01.01.2015 wurde in Bremen der Friedhofszwang auf-
10 gehoben, um geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen
11 und menschlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

12 Die Lebensverhältnisse in Niedersachsen sind mit denen in
13 Bremen vergleichbar. Auch in Niedersachsen sind kann bei
14 Teilen der Bevölkerung der Wunsch bestehen, dass nach
15 dem Tode einer Person keine Urnenbeisetzung gewünscht
16 ist, sondern der Wunsch besteht, dass die Asche verstreut
17 werden soll.

18 Die Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass
19 niedersächsische Bürgerinnen und Bürger die gleichen
20 Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Bestattung
21 haben wie Bremer Bürgerinnen und Bürger. Daher ist
22 zu prüfen, ggf. nach einer Evaluierung der in Bremen
23 gemachten Erfahrungen, ob in Niedersachsen eine gleich-
24 artige Lösung gefunden werden kann wie in Bremen.
25 Spätestens zu Beginn des Jahres 2019 sollte eine ent-
26 sprechende Gesetzesinitiative in den niedersächsischen
27 Landtag eingebracht werden.

28

29 **Begründung**

30 Der Friedhofszwang erscheint aufgrund der geänderten
31 Lebensverhältnisse der Bevölkerung und der enorm ge-
32 stiegenen Mobilitätsanforderungen an die Menschen
33 immer weniger zeitgemäß. Heutzutage ist es nicht mehr
34 selbstverständlich, dass nachfolgende Generationen noch
35 am Begräbnisort der vorangegangenen Generation oder in
36 dessen Nähe ansässig sind und dies auch bleiben. Folglich
37 kann es schwierig werden, eine adäquate Grabpflege
38 sicherzustellen.

39 Außerdem werden teilweise alternative Begräbnisriten ei-
40 ner traditionellen Erdbestattung oder einer Urnenbeiset-
41 zung vorgezogen. Diesen geänderten Bedürfnissen von
42 Teilen der Bevölkerung ist Rechnung zu tragen. Bundes-
43 weit sind Bestrebungen zu beobachten, die in Richtung ei-
44 ner größeren Wahlfreiheit hinsichtlich der Begräbnisriten

**Empfehlung der An-
tragskommission:**

Nicht befassen
Identischer Antrag in Be-
zirksparteitag 2015 – an-
genommen

- 1 gehen.
2 Daher sollte geprüft werden, ob in Niedersachsen eine
3 ähnliche Lösung wie in Bremen gefunden werden kann,
4 hinsichtlich der Möglichkeit nach dem Tode seine Asche
5 verstreuen zu lassen.
6 Die bisherigen Erfahrungen, die in Bremen gemacht wur-
7 den, legen nahe, dass das zusätzliche Angebot einen über-
8 schaubaren Anteil der Begräbnisse ausmachen wird, ohne
9 dass das Friedhofswesen in Niedersachsen in Gänze in Fra-
10 ge gestellt werden wird.

Weiterleitung an:

SPD-Kommunen
SPD-Landtagsfraktion

- 11 **K2**
12 **Antragsteller: Unterbezirk Aurich**
13
14 **Kostenlose Kindertagesstätten Ja! – eine auskömmli-**
15 **che Finanzierung für die Städte und Gemeinden muss**
16 **sichergestellt werden**

17
18 Der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion
19 sollen sich für eine auskömmliche und an die Inflation
20 anzupassende Finanzierung, der fehlenden Elternbeiträge
21 aus dem Landeshaushalt einsetzen. Zudem muss sich das
22 Land an die zu erwartenden Investitionen beteiligen.

23
24 **Begründung**
25 Jedes Kind hat von der Vollendung des ersten Lebensjahres
26 bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch
27 auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in
28 Kindertagespflege. Der Umfang der täglichen Förderung
29 richtet sich nach dem individuellen Bedarf. Ab Vollendung
30 des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt hat jedes
31 Kind einen Anspruch auf den Besuch einer Kindertagesein-
32 richtung. Der Anspruch gilt grundsätzlich für den Besuch
33 einer Vormittagsgruppe. Wenn ein ausreichendes Ange-
34 bot an Plätzen nicht zur Verfügung gestellt werden kann,
35 kann auf den Besuch einer gleichwertigen Nachmittags-
36 gruppe oder eines Kinderspielkreises verwiesen werden.
37 Bei unvorhergesehenem Bedarf kann im Einzelfall der
38 Anspruch auch durch Vermittlung einer Tagespflegestelle
39 erfüllt werden. Zuständig für die Erfüllung des jeweiligen
40 Anspruchs sind die Kommunen (Landkreise, Städte und
41 Gemeinden), die die Aufgabe des örtlichen Trägers der
42 Jugendhilfe wahrnehmen. Träger der Kindertagesstätten
43 sind u.a. die Städte und Gemeinden. Sie investieren kom-
44 munale Gelder in die Einrichtungen und zahlen die stetig

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

1 steigenden laufenden Kosten.
2 In Niedersachsen ist das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung bereits beitragsfrei. Schrittweise ist geplant, dass das
3 mittlere Kindergartenjahr und dann das erste Kindergartenjahr beitragsfrei wird. Der gesamte Besuch einer Kita in
4 Niedersachsen soll beitragsfrei gestaltet werden. Die Anstrengungen für eine höhere Betreuungsqualität werden
5 fortgesetzt. Darüber hinaus soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt und die Eltern entlastet werden.
6 Die Beitragsfreiheit wird Ungerechtigkeit korrigieren. Derzeit gelten in den Kommunen unterschiedliche Regelungen.
7 So sind die Beiträge in manchen Städten und Gemeinden nach Einkommen gestaffelt, in anderen gelten für alle Eltern
8 die gleichen Beiträge, es sei denn, sie sind Leistungsbezieher, und in einigen wenigen Kommunen ist der Besuch der Kita
9 kostenfrei.
10 Die kostenlose Kindertagesstätte ist genau der richtige Schritt. Ein kostenfreies Angebot wird stärker angenommen.
11 Aktuell haben wir eine Versorgungsquote im Bereich der Kindergärten von 93,2 %. Bei einer steigenden Nachfrage
12 werden zusätzliche Plätze und damit zusätzliche Investitionen notwendig. Es müssen Räume gebaut und Personal
13 eingestellt werden.
14 Die Städte und Gemeinden brauchen daher eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung, welche die dann fehlenden
15 Elternbeiträge, aus dem Landeshaushalt sicherstellt. Die Städte und Gemeinden dürfen die Beitragsfreiheit nicht
16 mitbezahlen. Die Kosten sind sehr unterschiedlich, je nach Lage, Ausstattung und Kostenstruktur können die echten
17 Kosten bis zu 1000 Euro monatlich betragen. Davon trägt die öffentliche Hand derzeit mehr als 2/3 der Kosten, nur
18 ein kleiner Rest wird über Elternbeiträge finanziert.
19 Wenn der Elternanteil entfällt, brauchen die Städte und Gemeinden eine dauerhafte Erstattung der wegfallenden
20 Einnahmen. Diese muss auch wirklich ausreichend hoch sein, um die erwünschte Qualität zu bieten. Zudem muss
21 die Kostenerstattung des Landes laufend an die Inflation angepasst werden. Auch die Frage der Finanzierung der
22 zusätzlichen Investitionen, die durch eine erhöhte Nachfrage durch die Beitragsfreiheit zu erwarten sind, muss
23 gewährleistet werden.

Weiterleitung an:

SPD-Landesvorstand

SPD-Landtagsfraktion

1 K3

2 **Antragsteller: Unterbezirk Aurich**

3

4 **Mehr Unterstützung beim Feuerschutz**

5

6 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Stadt-, Kreistags-
7 und Gemeindefraktionen werden aufgefordert zu prü-
8 fen, ob eine starke finanzielle Unterstützung für den
9 Feuerschutz bei den Städten und Gemeinden möglich
10 ist. Damit der Feuerschutz trotz des stetig steigenden
11 Investitionsbedarfes und der steigenden Kosten für die
12 Unterhaltung, weiterhin durch unsere Städte und Ge-
13 meinden, sehr gut gewährleistet werden kann.

14

15 **Begründung**

16 Es gibt in Niedersachsen 3316 Freiwillige Feuerwehren.
17 Die Freiwilligen Feuerwehren verfügen über 124 585
18 Mitglieder in den Einsatzabteilungen. Die Anforderungen
19 und Aufgaben der Feuerwehren haben sich in den letzten
20 Jahren stark erhöht und verändert. Die Feuerwehr ist
21 nicht mehr nur für die klassischen Brandverhütung und
22 -bekämpfung zuständig, sondern u.a. auch für den tech-
23 nischen Hilfsdienst bei Betriebsunfällen und -störungen,
24 Verkehrsunfällen, Unfällen mit gefährlichen Stoffen und
25 Gütern und bei Wasser- und Sturmschäden. Dadurch
26 sind die notwendigen Investitionen und die Kosten für
27 die laufende Unterhaltung von Jahr zu Jahr gestiegen,
28 welches die Kommunen immer mehr vor einer großen
29 finanziellen Herausforderung stellt. Die Städte und
30 Gemeinden müssen eine den örtlichen Verhältnissen
31 entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufstellen,
32 ausrüsten, unterhalten und einsetzen. Dies geschieht
33 durch die Aufstellung von Freiwilligen Feuerwehren. Dar-
34 über hinaus besteht seit langem Grundkonsens darüber,
35 dass unser abgestuftes System der Ortsfeuerwehren als
36 Teil der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde in Nie-
37 dersachsen unter den Aspekten des Brandschutzes und
38 der Hilfeleistung effektiv, sinnvoll und wirtschaftlich
39 ist. Funktionierende Ortsfeuerwehren sind Bestandteil
40 des Gesamtsystems. Darüber hinaus sind sie aber auch
41 oftmals ein wichtiger und herausragender Träger der
42 dörflichen Gemeinschaft und des ehrenamtlichen En-
43 gagements. Das niedersächsische Innenministerium
44 ist zudem der Auffassung, dass grundsätzlich in jeder
45 Ortschaft einer Gemeinde in Niedersachsen die Freiwillige
46 Feuerwehr präsent sein sollte. Allerdings nicht nur zur
47 Wahrung einer zeitlich angemessenen kurzen Schlag-
48 kraft bei Entstehungsbränden, sondern auch wegen der

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

1 kulturellen und sozialen Bedeutung, die Feuerwehren
2 für ihre Gemeinden haben. Ein Rückzug aus der Fläche
3 oder aus Gemeinde- und Ortsteilen darf nicht stattfinden.
4 Konzentrationsprozesse müssen – wenn sie wirklich
5 unausweichlich sind – aus den Feuerwehren selbst und
6 nicht über sie hinweg entwickelt werden. Ein Zwangs-
7 zusammenschluss führt unweigerlich zum Verlust vieler
8 ehrenamtlicher Feuerwehrleute, das wäre kontraproduktiv.
9 Das in Niedersachsen realisierte Ausstattungskonzept
10 mit einer vorgegebenen Mindestausrüstung wird von der
11 Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbände und
12 dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V. getra-
13 gen. Als Basisfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehren mit
14 Grundausrüstung dient das Tragkraftspritzenfahrzeug.
15 Diese örtliche Mindestausrüstung wird ergänzt durch
16 speziell ausgestattete Stütz- und Schwerpunktfeuerweh-
17 ren im Gemeindegebiet. Die einsatztaktische Basiseinheit
18 bildet dabei die Löschgruppe.

19 Die bewährte Zuordnung des Brandschutzes in den eigen-
20 en Wirkungskreis der Kommunen führt in der Fläche des
21 Landes zu einer starken Verankerung und Identifikation
22 mit der Aufgabe und trägt damit entscheidend zum ho-
23 hen Sicherheitsniveau in der nichtpolizeilichen Gefahren-
24 abwehr bei. Über die Investitionen und die Kosten für die
25 laufende Unterhaltung für die Feuerwehr entscheiden die
26 Kommunen als Aufgabe im eigenen Wirkungskreis. Durch
27 die starke Veränderung des Aufgabenschwerpunktes und
28 wachsenden Anforderungen erhöhen sich die notwendi-
29 gen Investitionen und die Kosten für die laufende Unter-
30 haltung von Jahr zu Jahr. Nach den Daten des Landesam-
31 tes für Statistik haben die niedersächsischen Kommunen
32 in den Jahren 2011 bis 2014 in den Brandschutz folgende
33 Summen investiert:

34	Jahr Investitionssumme
35	2011 85,8 Millionen Euro
36	2012 92,0 Millionen Euro
37	2013 112,0 Millionen Euro
38	2014 121,3 Millionen Euro

39 Die stetig steigenden Investitionen in den Brandschutz zei-
40 gen, dass die Kommunen in einem großen Spannungsfeld
41 stehen, um den Brandschutz nachhaltig sicherzustellen.
42 Die Zahlen zeigen auch, dass der Feuerwehrschutz bei den
43 Städten und Gemeinden nach wie vor die oberste Priorität
44 hat. Dies ist auch zwingend erforderlich, weil die Angehö-
45 rigen der Feuerwehren leisten unter schwierigen, oft so-
46 gar lebensbedrohlichen Bedingungen, hervorragende Ar-
47 beit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.
48 Dies geschieht immer aus innerster Überzeugung heraus.
49 Hierfür gilt allen unsere größte Wertschätzung, Anerken-

1 nung und unser tiefster Dank. Damit der Feuerschutz wei-
2 terhin durch unsere Städte und Gemeinden, sehr gut ge-
3 währleistet werden kann, trotz des steigenden Investiti-
4 onsbedarfes und der laufenden Kosten für die Unterhal-
5 tung, sind das Land Niedersachsen und die Landkreise als
6 Aufsichtsbehörden in der Pflicht, die Städte und Gemein-
7 den finanziell anteilig zu unterstützen z.B. durch ein spe-
8 zielles Förderprogramm oder durch ein festes Budget für
9 Zuschüsse.

Weiterleitung an:

SPD-Kommunen
SPD-Landtagsfraktion

10 **K4**
11 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

12
13 **ÖPP**

- 14
15
- 16 • Vor dem Beschluss eines ÖPP-Projektes muss geprüft
17 werden, ob diese Methode für den Steuerzahler güns-
18 tiger ist, als ein vollständig staatlich finanziertes Pro-
19 jekt.
 - 20 • Privatwirtschaftlich verwaltete Autobahnabschnitten
21 im Niedersächsischen Raum werden verhindert.

22 **Begründung**

23 Wir als Jusos Weser-Ems Bedenken hinsichtlich der Einbe-
24 ziehung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften in vom
25 Land Niedersachsen geplanter Projekte.

26 Die Idee der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften ist, dass
27 geplante Projekte, die mit hohen Kosten verbunden sind,
28 mit dem Ziel in private Hand gegeben werden, die Finan-
29 zierungskosten für das Land/ den Kreis/ die Kommune zu
30 senken. Meist weisen diese Partnerschaften allerdings Ri-
31 siken auf, die dazu führen können, dass die Kosten entspre-
32 chender Projekte den geplanten Rahmen übersteigen. Dies
33 geschieht dann zu Lasten der Steuerzahler. Auch vertragli-
34 che Absicherungen können eine entsprechende Belastung
35 nicht verhindern.

36 Beispiele für Schwierigkeiten bei ÖPP-Projekten:

37 Elbphilharmonie in Hamburg, geplante Summe: 114
38 Mio. reale Summe: 789 Mio.

39 Landkreis Offenbach übergibt 90 Schulen an Private.
40 Geplante Jahresmiete: 53 Mio. Neue Jahresmiete: 77 Mio.

41 Ausbau der A1 Hamburg-Bremen durch ÖPP, Ergebnis:
42 mehr Stau, mehr Unfälle und erhöhtes Vorkommen von
43 Straßenschäden. Bewirkt einen erheblichen wirtschaftli-
44 chen Schaden für den Steuerzahler

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Erledigt**

durch Annahme Antrag
WF 1 aus Bezirkspartei-
tag 2013

1 Diese Beispiele verdeutlichen, dass diese Projekte auf Dau-
2 er mehr Kosten und Baumaßnahmen verursachen, als ge-
3 plant. Weiterhin werden regelmäßig die geplanten Bauzei-
4 ten überschritten.
5 Es liegt also im Interesse aller Steuerzahler, ÖPP-Projekte
6 genauer zu prüfen. Bei öffentlichen Straßenbau, z.B für Au-
7 tobahnen, sollte man ÖPP-Projekte gar nicht erst in Be-
8 tracht ziehen. Private Träger kümmern sich nach der Fer-
9 tigstellung des Projektes häufig nur grob um Pflege und
10 Wartung, wofür sie u.U. auch noch Nutzungsentgelte (z.B.
11 Maut) vom Steuerzahler verlangen dürfen. Dieser Um-
12 stand steht im Gegensatz zu dem Gedanken, dass Steu-
13 erzahler, um bei dem Beispiel der Autobahnen zu bleiben,
14 bereits durch Zahlung der Steuern das "Recht erkaufte" ha-
15 ben, diese zu nutzen.
16 Dieses hätte weiterhin zur Folge, dass das Land keine Ge-
17 winne machen könnte, sondern im Gegenteil noch mit
18 hohen wirtschaftlichen Schäden belastet wird. Weiterhin
19 müssten mittelfristig die staatlichen Straßenmeistereien
20 geschlossen werden und die Mitarbeiter wären gezwun-
21 gen auf andere Standorte auszuweichen oder müssten ge-
22 kündigt werden.
23 Die möglichen Folgen der ÖPP-Projekte überwiegen den fi-
24 nanziellen Nutzen der öffentlichen Hand stark und stehen
25 darüber hinaus den Grundsätzen der deutschen Sozialde-
26 mokratie, namentlich dem Ziel, die Grundwerte Freiheit,
27 Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen, entgegen.

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteitag

P Partei

1 P1

2 **Antragsteller: Kreisverband Friesland**

3

4 **Angleichung Beitragsanteil**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7 Der Bezirk Weser-Ems wird aufgefordert, den Beitragsan-
8 teil für Ortsvereine und Kreisverbände von derzeit 20 % auf
9 30 % (wie bis 2010 Praxis) zu erhöhen.

10

11 **Begründung**

12 Es ist festzustellen, dass die Einnahmen der Kreisverbän-
13 de, insbesondere aber der Ortsvereine rückläufig sind –
14 bestenfalls stagnieren, die Kosten für Wahlkämpfe etc.
15 aber kontinuierlich steigen.

16 Damit auch zukünftig die Ortsvereine und Kreisverbände
17 ihre notwendigen Aufgaben (wie z.B. Wahlkämpfe führen)
18 erfüllen können, ist es unbedingt erforderlich, die Einnah-
19 mesituation der Basis zu verbessern!

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Ablehnung**

V Verkehr

1 **V1**

2 **Antragsteller: Kreisverband Friesland**

3

4 **E-Tankstellen im ländlichen Raum**

5

6 Der Bezirksparteitag fordert den Bau und Ausbau von
7 E-Tankstellen im ländlichen Raum.

8

9 **Begründung**

10 Mobilität ist die Methode der Fortbewegung von morgen.
11 Deshalb läuft die Forschung an Fortbewegungsmitteln,
12 wie z.B. Autos, die mit Elektrizität betrieben werden
13 können auf Hochtouren.

14 Nach dem gescheiterten Versuch, mit einem Umweltbo-
15 nus, den Kauf von E-Autos mit 4000 € zu unterstützen, ist
16 es nun an der Zeit, die Bedingungen in der eigenen Region,
17 für den Kauf eines E-Autos zu unterstützen.

18 Für viele Menschen sind Elektro-Autos wegen der z.T. ge-
19 ringen Reichweiten und langen Ladezeiten unattraktiv.

20 Die Jusos Friesland sind davon überzeugt, dass dieses Prob-
21 lem, durch eine flächenmäßige Versorgung der Region mit
22 modernen E-Tankstellen, verbessert werden kann und der
23 Kauf eines E-Autos für die Menschen in der Region damit
24 attraktiv gemacht wird.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktion

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

25 **V2**

26 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

27

28 **Maut für Fernbusse**

29

30 Die SPD in der Region Weser-Ems fordert die SPD-
31 Niedersachsen und die Bundes-SPD auf, sich für die
32 Einführung einer Maut für Fernbusse einzusetzen.

33

34 **Begründung**

35 Seit der Liberalisierung des Marktes für die Fernbusse
36 hat der Fernbusverkehr insgesamt eine hohe Nutzung
37 erfahren. Neben allen positiven Aspekten dieses Fortbe-
38 wegungsmittels im ÖPNV geht mit jeder Ausweitung des
39 Angebots eine stärkere Belastung der Straßen einher.

40 Doch geht es nicht nur um die Belastung der Straßen.
41 Durch ein erweitertes Angebot der Fernbuslinien müssen
42 die angefahrenen Städte Haltestationen vorhalten bzw. an
43 vorhandenen Haltestationen die Frequentierung mit den

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 Nahverkehrsbussen regeln. Durch eine Maut könnten et-
2 waig entstehende Aufwendungen abgegolten werden.
3 Zudem würde eine Maut eine Gleichstellung mit diversen
4 Anbietern im Schienenverkehr bedeuten. Schließlich sind
5 diese bei der Nutzung des Schienennetzes aufgrund des
6 Trassenpreissystems verpflichtet, ebenjene Trassenpreise
7 zu entrichten.
8 Der wesentliche Nachteil wäre wohl eine Verschiebung et-
9 waiger Kosten auf den Fahrgast und somit auf den Ver-
10 braucher. Der Markt hat allerdings bisher gezeigt, dass
11 das Angebot der Fernbusunternehmen insgesamt zu sehr
12 günstigen Konditionen erfolgen kann. Die ggf. drohende
13 Erhöhung der Nutzungspreise würde daher nicht zu un-
14 tragbaren Ergebnissen führen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag

15 **V3**

16 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

17

18 **Fördermittel für den kommunalen ÖPNV durch den**
19 **Bund**

20

21 Die SPD in der Region Weser-Ems setzt sich für die
22 Bereitstellung von Fördermitteln für den kommunalen
23 ÖPNV durch den Bund ein. Durch die Gelder soll die
24 Nutzung bestehender ÖPNV-Linien vergünstigt und die
25 Planung der Einrichtung neuer und Erweiterung bestehen-
26 der Linien gefördert werden.

27

28 **Begründung**

29 Sowohl in städtischen als auch in ländlichen Kommunen
30 gewinnt der ÖPNV immer mehr an Bedeutung. Für viele
31 BürgerInnen ist er wesentlicher Faktor bei der Auswahl
32 des Wohnortes. Er trägt aber auch in hohem Maße zur
33 Reduktion der CO₂-Emissionen bei.

34 Insbesondere das zuletzt genannte Ziel kann aber nur
35 dann in zufriedenstellendem Maße erreicht werden, wenn
36 ausreichende Anreize zur Nutzung geschaffen werden. In
37 diesem Zusammenhang ist vielerorts das Problem zu be-
38 obachten, dass rechnerisch die Einzelnutzung des ÖPNV
39 teurer ist als die Fahrt mit dem eigenen PKW. Das ist so-
40 wohl für den in der Daseinsfürsorge verankerten sozialen
41 Aspekt als auch für den umweltpolitischen Aspekt ein un-
42 tragbares Ergebnis, letzteres insbes. auch deshalb, da die
43 Nutzung des eigenen PKWs erhebliche Vorteile in der Fle-
44 xibilität hat.

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Erledigt**

durch Landeswahl-
programm

- 1 Auch bei der Planung des ÖPNV bedürfen die Kommunen
2 finanzieller Hilfe. So lassen sich authentische am Bedarf
3 der BürgerInnen orientierte Nutzungsanalysen nur erstel-
4 len, wenn eine Kommune in der Lage ist, eine gewisse Li-
5 nie mit einer gewissen Frequentierung für einen gewissen
6 Zeitraum anzubieten. Dieses ist aber mit erheblichen Kos-
7 ten verbunden, die den Kommunen aufgrund der Wichtig-
8 keit des zu erreichenden Ziels keinesfalls allein auferlegt
9 werden dürfen.
- 10 Um ein für die BürgerInnen in allen Aspekten attraktives
11 Angebot im Bereich des ÖPNV zu erstellen, sind die Kom-
12 munen aber auf greifbare Methoden zur Bedarfsermitt-
13 lung angewiesen. Die Bedarfsermittlung durch Umfragen
14 kann zwar auch zur Bedarfsermittlung beitragen, sie reicht
15 aber nicht an die Authentizität der Werte, die sich aus der
16 tatsächliche Nutzung des ÖPNV ergeben, heran, der im
17 Rahmen von diversen Modellversuchen bereitgestellt oder
18 erweitert wurde.
- 19 Die Bewältigung des Klimawandels ist ein wichtiges Ziel
20 in der europäischen Politik. Dieses Ziel kann am besten
21 durch eine zentrale Steuerung verwirklicht werden. In die-
22 sem Verhältnis muss auch die Kostenverteilung gesehen
23 werden. Der Bund soll sich daher durch die o.g. Maßnah-
24 men stärker an der Erreichung des Ziels beteiligen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag

V+G Verbraucherschutz und Gesundheit

1 **V+G1**
 2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**
 3
 4 **Reform der Drogenpolitik**
 5
 6 Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion in
 7 Niedersachsen bzw. der Landesparteitag der SPD Nieder-
 8 sachsen werden mit Nachdruck dazu aufgefordert, eine
 9 Reform der Drogenpolitik zu beschließen und herbeizu-
 10 führen, die folgenden Inhalt hat:
 11 – Erwerb, Einfuhr, Anbau und Konsum von Cannabis wer-
 12 den legalisiert. Die Bedingungen hierfür entsprechen den-
 13 nen der Regelungen des Umgangs mit Tabak. Darüber hin-
 14 aus wird eine angemessene Cannabis-Steuer geschaffen
 15 und zur Finanzierung von Präventions- und Entzugspro-
 16 grammen für alle legalen und illegalen Drogen herange-
 17 zogen.
 18 • – Der Verkauf von Spirituosen im Kassenbereich der
 19 „Quengelware“ von Einkaufsmärkten wird verboten.
 20 **Begründung**
 21 Wir als Jusos Weser-Ems sind der Auffassung, dass die ge-
 22 setzlichen Regelungen zu verbreiteten legalen und illega-
 23 len Drogen in Deutschland nicht mehr zur gesellschaftli-
 24 chen Realität passen. Es ist grundsätzlich nötig, den Um-
 25 gang mit diesen Suchtmitteln zu überdenken und zwi-
 26 schen den verschiedenen Mitteln abzustimmen. Dies muss
 27 an bestimmten Stellen zur Entschärfung, an anderen da-
 28 gegen auch zur Verschärfung der bestehenden Geset-
 29 ze führen.
 30 Cannabis birgt für die Konsumierenden sowie für die Ge-
 31 sellschaft Risiken. Die Gesellschaft wird indirekt durch den
 32 Schwarzmarkt bedroht sowie durch die Kosten für die
 33 Strafverfolgung belastet. Die Strafverfolgung ist für Kon-
 34 sumierende die schlimmste Nebenwirkung.
 35 Zweck und Ziel des geltenden Betäubungsmittelgesetzes
 36 ist (laut Regierungsvorlage des Betäubungsmittelgesetzes
 37 1981, BTDrucks. 8/3551, S. 23 f.) der Schutz der menschi-
 38 chen Gesundheit sowie eine Regelung des Verkehrs mit
 39 Betäubungsmitteln, um deren Sicherheit und Kontrolle zu
 40 gewährleisten, die notwendige medizinische Versorgung
 41 der Bevölkerung sicher zu stellen und den Missbrauch von
 42 Betäubungsmitteln sowie das Entstehen oder Erhalten ei-
 43 ner Betäubungsmittelabhängigkeit zu verhindern.
 44 Eine Legalisierung von Cannabis hätte eine Vielzahl von
 45 Vorteilen:
 46 • Cannabis kann auf Qualität und THC-Gehalt geprüft wer-
 47 den und ist frei von gesundheitsgefährdenden Streckmit-

**Empfehlung der An-
 tragskommission:**

Keine Empfehlung
 der Antragskommission

1 teln und anderen Verunreinigungen.
2 Die Förderung von tabak- und verbrennungsfreien Kon-
3 sumformen mindert die Schäden der Atemwege durch
4 Cannabiskonsum
5 • Durch eine Schwächung des Schwarzmarktes wird der
6 Gewinn der organisierten Kriminalität geschmälert und
7 das unkontrollierte Angebot, insbesondere an Jugendliche
8 eingeschränkt.
9 • Die Polizei wird von der Verfolgung der Konsumenten und
10 Konsumentinnen entlastet und kann sich verstärkt um an-
11 dere Kriminalität kümmern.
12 • Menschen, die Cannabis aus gesundheitlichen Gründen
13 nutzen, wird ihre Medizin kostengünstig zugänglich ge-
14 macht.
15 Laut dem jährlichen Bericht der Beobachtungsstelle für
16 Drogen und Drogensucht (DBDD) zur Drogensituation in
17 Deutschland 2012 haben circa 3 Millionen Menschen Can-
18 nabis konsumiert. Jemals Cannabis konsumiert haben ca.
19 15 Millionen Menschen.
20 Im Übrigen entspricht all dies dem Willen der Bevölkerung:
21 Die Mehrheit der Menschen in Niedersachsen spricht sich
22 laut einer EMNID-Umfrage gegen die heutige Kriminali-
23 sierung und für eine Liberalisierung in der Cannabispolitik
24 aus.
25 Es ist nun gerade nicht unsere Absicht, pauschal eine wei-
26 tere Droge in der Öffentlichkeit zu etablieren. Vielmehr
27 sind wir der Auffassung, dass der Umgang auch mit bereits
28 legalen, abhängig machenden Stoffen neu geordnet wer-
29 den muss.
30 Während in den vergangenen Jahren im Bezug auf Alko-
31 hol insbesondere das sog. „Komasaufen“ die politische De-
32 batte einnahm, blieben Folgen des längerfristigen Alkohol-
33 konsums und der häufig damit verbundenen Alkoholsucht
34 im Hintergrund. Interessanterweise fällt auf, dass viele so-
35 ziale Gruppen, die den Konsum von Cannabis strikt ableh-
36 nen, dazu neigen, den Alkoholkonsum zu verharmlosen,
37 obwohl laut BzGA etwa 1,7 Mio Menschen in Deutschland
38 als alkoholabhängig gelten und jährlich bis zu 74.000 Men-
39 schen an den Folgen des Alkohols sterben.
40 Wegen dieses bisher fahrlässigen Umgangs und der ge-
41 fährlichen Fehleinschätzung wollen wir mit diesem Antrag
42 ganz bewusst eine Relation zwischen den Gefährlichkei-
43 ten verschiedener Rauschmittel aufzeigen und dauerhaft
44 Verteufelung des Einen und Verherrlichung des anderen
45 verhindern. Ein erster Schritt in diese Richtung soll hier-
46 für das Verbot der Verkaufes von Spiritousen im Kassen-
47 bereich von Supermärkten sein. Es ist nicht nachvollzieh-
48 bar, dass Süchtige und Suchtgefährdete beim alltäglichen
49 Einkauf zwangsläufig beim Warten an der Kasse mit dem

1 Suchtmittel konfrontiert und zum Kauf verleitet werden.
2 Argumente der Marktbetreiber, die Positionierung im Kas-
3 senbereich diene dem Diebstahlschutz der leicht mitzu-
4 nehmenden Kleinflaschen halten wir für nicht stichhaltig,
5 insbesondere da im Zeitalter hochwertiger, kleinformati-
6 ker Unterhaltungselektronik auch für diese Artikel mitt-
7 lerweile verschiedene Diebstahlschutzsysteme verfügbar
8 sind (Leerverpackungen, elektronische Sicherungen,...).

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteitag
SPD-Landtagsfraktion

9 **V+G2**

10 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

11

12 **Kennzeichnung tierischer Bestandteile in Lebensmit-**
13 **teln**

14

15 Die Zutatenlisten mancher Produkte sind für viele
16 VerbraucherInnen nur schwer zu deuten. Lebensmittel
17 enthalten dabei teilweise lange Listen an Zusatzstoffen
18 oder unverständliche E-Nummer oder auch undefinierte
19 Aromen. Gesetzeslücken helfen den Herstellern dabei
20 zusätzlich, bestimmte Bestandteile nicht ausweisen zu
21 müssen. Hierzu zählen insbesondere Hilfsstoffe, die bei
22 der Produktion des Lebensmittels eingesetzt werden, aber
23 im Endprodukt nicht enthalten sind, wie z.B. Gelatine in
24 Säften oder Hausenblasen bei Weinen, die zur Klärung der
25 Produkte dienen. Es sind aber auch andere Stoffe nicht
26 kennzeichnungspflichtig, obwohl diese im Endprodukt
27 enthalten sind, wie z.B. Schweineborsten in Mehl oder
28 tierische Aromen, die lediglich als Aroma deklariert sind.
29 Für eine bewusste Ernährung ist Transparenz unabdingbar,
30 daher fordern wir:

31 • Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe tierischen Ur-
32 sprungs müssen deutlich gekennzeichnet werden und
33 für VerbraucherInnen klar erkennbar sein. Dies um-
34 fasst auch Farbstoffe, Aromen, technische Hilfsstof-
35 fe und andere Zusatzstoffe, die tierische Bestandteile
36 enthalten.

37 • Die häufig verwendeten Begriffe „vegan“ und „ve-
38 getarisch“ benötigen eine rechtliche Definition, um
39 Missbrauch zu verhindern. Diese Definition muss
40 deutlich den Sinn der Begriffe wiedergeben:

41 • Vegetarisch: Ohne Zutaten, die von einem toten Tier
42 stammen

43 • Vegan: Ohne jegliche tierische Produkte.

44 **Begründung**

Empfehlung der An-
tragskommission:
Erledigt

durch Antrag A 4 aus
2013

1 Für einen immer größer werdenden Anteil der Verbrau-
2 cherInnen stellt diese Praxis ein Problem dar. Da sich
3 zunehmend mehr Menschen dazu entscheiden, den An-
4 teil tierischer Produkte an ihrer Nahrung zu reduzieren
5 oder sie ganz vom Teller zu streichen, werden eine Viel-
6 zahl von VerbraucherInnen vor zusätzliche Herausforde-
7 rungen beim Einkaufen gestellt, da diese sich anderweitig
8 über die Produkte in ihrem Einkaufskorb informieren müs-
9 sen. Die mangelnde Kennzeichnung tierischer Bestandtei-
10 le und Hilfsstoffe in Lebensmitteln stellt aber nicht nur
11 VeganerInnen, VegetarierInnen und FlexitarierInnen vor
12 Probleme, sondern auch die Menschen, die aus religiösen
13 Gründen gewisse tierische Produkte nicht konsumieren.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

14 **V+G3**

15 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

16

17 **Verbot von Eiern aus Käfighaltung in Fertiggerichten**

18

19 Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1999 die
20 Käfighaltung von Hennen in Deutschland verboten. Nach
21 jahrelangem Tauziehen wurde aus dem Totalverbot eine
22 bedingte Zulassung: 2006 wurde die „Kleingruppen-
23 haltung“ in Käfigen erlaubt. Jede Henne hatte nun 800
24 Quadratzentimeter Platz im Käfig, in der Einzelhaltung
25 waren es 600 Quadratzentimeter gewesen. Gegen diese
26 Verordnung reichte das Land Rheinland-Pfalz eine Nor-
27 menkontrollklage in Karlsruhe ein und hatte 2010 Erfolg:
28 Auch die Kleingruppenhaltung wurde vom Bundesverfas-
29 sungsgericht untersagt. Trotzdem muss es ein wirkliches
30 Bekenntnis gegen Käfighaltung von Legehennen und für
31 mehr Tierwohl geben. Wir fordern daher:

- 32 • ein Verbot der Verarbeitung von weiterverarbeiteten
33 Käfigeiern in Produkten die in der EU gehandelt bzw.
34 verarbeitet werden.

35 **Begründung**

36 Auch dieser Richterspruch bedeutete aber noch nicht das
37 Aus für die Käfighaltung: Die Erzeuger machten ihre In-
38 vestitionen in die Gruppenkäfighaltung geltend, die durch
39 ein Totalverbot wertlos würden, was einer Enteignung
40 gleichkomme. Die damalige Bundeslandwirtschaftsminis-
41 terin schlug daraufhin vor, den Erzeugern eine Übergangs-
42 frist bis zum Jahr 2035 einzuräumen. Das dauerte den Bun-
43 desländern zu lange. Der Ausstieg aus der Käfighaltung
44 soll nun bis 2023 abgeschlossen sein.

**Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme**

1 Der Anteil der Käfighaltung aus deutscher Erzeugung ist
2 seitdem auf unter zwölf Prozent gesunken und auch in den
3 Niederlanden (15 Prozent) und in Österreich (3,1 Prozent) ist
4 die Käfighaltung auf dem Rückzug. Hingegen stammen die
5 in Spanien und Portugal erzeugten Eier noch zu 90 Prozent
6 aus der Käfighaltung. In Italien und Frankreich liegt der An-
7 teil bei knapp 70 Prozent.
8 Die Zahlen offenbaren auch, dass ein Großteil der in
9 Deutschland verwendeten Käfigeier gar nicht aus deut-
10 schen Ställen stammt. Importe machen rund ein Drittel
11 des deutschen Eiermarktes aus. Sie werden – ohne Kenn-
12 zeichnung und Information der Verbraucher – fast nur in
13 der Lebensmittelindustrie und Großgastronomie verarbei-
14 tet. Maßgeblich für die Unternehmen sind vor allem die
15 geringeren Kosten.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

W Wirtschaft und Energie

1 **W1**

2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand, Bezirksvorstand**

3

4 **Maritime Wirtschaft: Arbeit. Wohlstand. Infrastruk-**
 5 **tur**

6

7 Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zu
 8 Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Deutschland. Der
 9 Transport von Waren und Gütern über den Schiffsverkehr
 10 ist Voraussetzung für weltweiten Handel.

11 Nicht nur die Bundesländer mit direkter Küstenanbindung
 12 profitieren von der Schifffahrt. Auch die Bundesländer mit
 13 großer Industrieproduktion sind auf eine leistungsfähige
 14 maritime Wirtschaft angewiesen.

15

16 Gewässer sind dabei nicht nur als Orte maritimer Wirt-
 17 schaft, sondern auch als Lebensräume verschiedener Öko-
 18 systeme und Bestandteil unserer eigenen Lebenswelt anzu-
 19 sehen. Im Zusammenhang mit dem Umweltschutz und
 20 der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels ist für ein
 21 Ausbau der Vereinbarkeit von Naturschonung und wirt-
 22 schaftlicher Nutzung unabdingbar. Der Verschmutzung
 23 von Meeren, Flüssen und Seen durch Schifffahrt und Indus-
 24 trie muss auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten und be-
 25 stehenden Maßnahmen und Kontrollen effektiver gestal-
 26 tet werden.

27 Die maritime Wirtschaft hat für küstennahe Regionen eine
 28 herausragende Wichtigkeit. Sie ist dort nicht nur elemen-
 29 tarer Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern generiert
 30 Sie durch verschiedene Möglichkeiten von Erwerbsarbeit
 31 eine gesellschaftliche Bedeutung.

32 Allerdings steht fest, dass die maritime Wirtschaft seit
 33 mehreren Jahrzehnten in einer tiefgreifenden Krise steckt.
 34 Immer neue Insolvenzen bedeutender Unternehmen, feh-
 35 lende Investitionen in Infrastruktur, fehlerhafte Umstruk-
 36 turierung der maritimen Wirtschaftsordnung, der Verlust
 37 zahlreicher Arbeitsplätze und immer schlechter werdende
 38 Arbeitsbedingungen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

39 Dabei müssen die Zukunftschancen der Energiewende,
 40 Green-Shipping und der E-Mobilität aufgegriffen werden.
 41 Die Industrie 4.0 wird auch die maritime Wirtschaft stark
 42 verändern. Diese Zukunft müssen wir gemeinsam als Bun-
 43 desländer und als Bund innerhalb von Europa gestalten.

44 **Infrastruktur von Häfen und Binnenschifffahrt**

45 Die Hafeninfrastruktur ist das Herz der maritimen Wirt-
 46 schaft. Die Seehäfen sind weltweite Logistikdienstleis-
 47 ter, Beschäftigungs- und Wachstumsmotoren vor Ort und

Empfehlung der An-
tragskommission:
Annahme

1 überregional.

2 Die Schiffgrößenentwicklung und der technische Fort-
3 schritt sind Wachstumstreiber. Gemeinsam mit allen Ak-
4 teur*innen müssen wir sozial-ökologische und ökonomi-
5 sche Maßnahmen entwickeln, damit Wachstum und Be-
6 schäftigung gesichert und gleichzeitig in die Infrastruktur
7 investiert werden kann.

8 Die Hafeninfrastruktur muss ihre wichtige Rolle für die
9 Volkswirtschaft wahrnehmen können und gleichzeitig ih-
10 rer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden. Da-
11 mit dies gelingen kann, fordern wir:

12

13 • die Länder bei der Finanzierung der Hafeninfrastruk-
14 tur und der Bedeutung der Häfen durch die Gewäh-
15 rung befristeter Finanzhilfen für besonders bedeutsa-
16 me Investitionen zu unterstützen und damit eine In-
17 vestitionsoffensive zu starten

18 • Weiterentwicklung des Hafenkonzeptes. Wichtige
19 Knotenpunkte wie der Nord-Ostseekanal müssen
20 dabei besonders berücksichtigt werden und von
21 besonderer Bedeutung ist dabei der Bau einer
22 effizienten Schieneninfrastruktur.

23 • ein Ausbau von bereits vorhandener Infrastruktur im
24 Bereich der Maritimen Wirtschaft muss Konzepten
25 folgen, die sozial-ökologische und ökonomische Krite-
26 rien berücksichtigen und gemeinsam mit den umlie-
27 genden Regionen abgestimmt werden

28

29 Damit auch die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der
30 künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen kann,
31 braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungs-
32 fähige Wasserstraßen. Investitionen sind daher unter Be-
33 achtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhan-
34 denen Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz-
35 und Betriebsmanagement auszurichten. Damit dies gelin-
36 gen kann, fordern wir:

37

38 • Abbau von Wartezeiten an Schleusen und die Anpas-
39 sung der Fahrrinnenbreiten an die Abflusssdynamik

40 • Binnenschifffahrt gezielt bei der Modernisierung in
41 der Flotte und der Schiffstechnik zu unterstützen.
42 Hierbei ist es unerlässlich, dass es Ausnahmen für Tra-
43 ditionsschiffe und historische Wasserfahrzeuge gibt,
44 die überwiegend ehrenamtlich in Vereinen oder von
45 privaten Liebhabern betrieben werden und touristi-
46 sche Bedeutung haben

47 • Modernisierung der Binnenhäfen und individuelle
48 Ausbauoptionen bemessen am Volumen der umge-
49 schlagenen Tonnage

- 1 • In die Planung von Binnenschiffahrten sollen die be-
- 2 troffenen Logistikfirmen einbezogen werden, um ei-
- 3 ne Effizienzsteigerung im Sinne eines ressourcenscho-
- 4 nenden Transportwesens zu erzielen
- 5 • Eine Abwälzung der Kosten für Bundeswasserstraßen
- 6 auf die Länder sowie eine Aufteilung in Bundeswas-
- 7 serstraßen „erster“ und „zweiter“ Klasse mit haupt-
- 8 sächlich industrieller und touristischer Nutzung leh-
- 9 nen wir ab
- 10 • Die Einführung einer Maut für Freizeitschiffer*innen
- 11 auf Bundeswasserstraßen lehnen wir ab

12 **ARBEIT(SBEDINGUNGEN) IN DER MARITIME**

13 Die Arbeitsbedingungen für Menschen im Bereich der Ma-
14 ritimen Wirtschaft haben für die Sozialdemokratie einen
15 hohen Stellenwert. Im Zuge der Krise der maritimen Wirt-
16 schaft sind die dortigen Arbeitsbedingungen unter mas-
17 siven Druck geraten. Löhne und die Qualität der Arbeits-
18 plätze sind seit Jahren Hauptpunkte von Einsparmaßnah-
19 men. Wir brauchen deshalb ein breites politisches und zi-
20 vilgesellschaftliches Bündnis zum Schutz und zur Stärkung
21 von Tarifbindung in der maritimen Wirtschaft. Politik und
22 Gewerkschaften müssen Hand in Hand arbeiten und dar-
23 auf hinwirken, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und
24 sie dort schützen, wo sie bereits verwirklicht sind. Auch im
25 Bereich der maritimen Wirtschaft müssen atypische Be-
26 schäftigungsformen

27 eingedämmt und Normalarbeitsverhältnisse gestärkt
28 werden. Wir lehnen es ab, dass langjährige Werfar-
29 beiter*innen nach einem Investor*innenwechsel erst
30 entlassen werden, um anschließend z.B. in atypischen
31 Beschäftigungsformen mit geringeren Lohn, schlechteren
32 Arbeitsbedingungen und gelockerten Kündigungsschutz
33 wiedereingestellt zu werden.

34 Wenn wir junge Menschen eine Perspektive vor Ort und in
35 der maritimen Wirtschaft geben wollen, müssen wir Maß-
36 nahmen für einen Mehrwert im maritimen Arbeiten er-
37 greifen. Daher fordern wir:

- 38 • Das „Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung
- 39 in der Seeschifffahrt“ weiterzuführen. Jungen Men-
- 40 schen eine Perspektiven geben und Beschäftigung vor
- 41 Ort sichern.
- 42 • Die bestehenden Initiativen der Hafenbetreiber des
- 43 VDR (Verband Deutscher Reeder) und des DSLV (Deut-
- 44 scher Speditions- und Logistikverband) zu unterstüt-
- 45 zen um junge Frauen für die Seeschifffahrt zu motivie-
- 46 ren und hier Perspektive zu schaffen
- 47 • eine „Agenda zu Möglichkeiten der Fortentwicklung
- 48 der Beschäftigung in den Häfen“ gemeinsam mit den
- 49 Sozialpartner*innen, den Hafenbetreiber*innen, den

- 1 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu entwi-
2 ckeln. Dabei muss auch evaluiert werden, inwieweit
3 eine Förderung des Strukturwandels nötig ist
- 4 • die Schiffsbesetzungsverordnung muss nach eingehender Prüfung einer Neubewertung unterzogen werden
 - 5
 - 6
 - 7 • internationale Arbeiter*innen-Rechte und internationale (Austausch-)Kooperationen müssen mit Hilfe der Vereinten Nationen vorangebracht werden
 - 8
 - 9
 - 10 • Europaweite einheitliche Heuerstelle statt nationalen Heuerstellen
 - 11
 - 12 • Angleichung der Ausbildung innerhalb der EU – auch bezogen auf das STCW. In der Ausbildung muss mehr Informationen über Arbeitnehmer*innenrechte geschaffen werden. Außerdem soll die Ausbildung von Deck getrennt werden
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17 • Der aktuelle Trend zur Ausflagging inländischer Schiffe muss gestoppt werden, dass wieder mehr Schiffe eingeflaggt werden. Zudem darf es keine Aufweichung der Flaggenregelung geben, damit Menschen die sich dazu entscheiden zur See zu fahren, endlich wieder faire Chance haben
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23 • Es muss eine Reform der Flaggenregelung geben, sodass keine Verdrängung von Arbeitskräften durch Lohndumping und geringere Qualifizierung mehr möglich ist.
 - 24
 - 25
 - 26

27 **Industriestandort der maritimen Wirtschaft**

28 Der Industriestandort für die Verarbeitung und Bebauung
29 im Bereich des Schiffbaus nimmt für uns einen besonderen Stellenwert ein. Gute Arbeit und faire Bezahlung in der Metall- und Industriebranche sind auch aufgrund der Tradition in der Sozialdemokratie ein wichtiger Baustein.
31 Gemeinsam wollen wir dabei helfen, dass die Produktion langfristig in Deutschland bleibt. Dafür sind auch Transformationsprozesse notwendig.

36 Um Werften nachhaltig zukunftsfähig zu erhalten, halten wir an das Prinzip fest: Ein Standort, eine Werft. Jede Werft muss von sich aus fähig sein, einen vollständigen Produktionsablauf an dessen Ende ein taugliches Schiff oder Wasserfahrzeug steht, zu gewährleisten. Entwicklungen zu einer arbeitsteiligen Werftenlandschaft, in den einzelnen Standorte nur noch einzelne Teile produzieren und die zur Abhängigkeit der einzelnen Werften von der Einbindung in einen großen Konzernkomplex führen, lehnen wir entschieden ab.

46

47 Massenfertigung wird es in Deutschland aufgrund des gewachsenen Kostendruckes nicht mehr durchgängig geben können. Die Produktion muss sich stärker in spezialisierten

1 Bereiche entwickeln. Daher wollen wir:

2

- 3 • Gemeinsam mit der IMO eine internationale Konfe-
- 4 renz mit allen Beteiligten im Schiffsbau etablieren
- 5 • Innovationsförderung im Schiffbau
- 6 • Überwasserschiffbau als Schlüsselindustrie anzuer-
- 7 kennen
- 8 • Tarifbindung von Werkvertragsunternehmen durch-
- 9 setzen. Die Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft
- 10 achten. Besonders in der Fertigung beim Schiffbau.

11 **Maritime Wirtschaft in den Ebenen: Land, Bund und Euro-**

12 **pa**

13 Die maritime Wirtschaft wird in unterschiedliche Ebenen
14 diskutiert und behandelt. So unterschiedlich wie die Ebenen
15 sind auch die Interessen der Akteur*innen. Damit die
16 maritime Wirtschaft dauerhaft gesichert werden kann,
17 müssen die unterschiedlichen Ebenen besser zusammen-
18 arbeiten. Daher fordern wir:

19

- 20 • den Grundgedanken „Kooperation statt Konkurrenz“
- 21 stärker in der Hafenwirtschaft zu verfolgen. Gemein-
- 22 sam soll evaluiert werden, wie eine Spezialisierung
- 23 der Häfen möglich ist und wie eine gerechte Vertei-
- 24 lung von Geschäftsfeldern im Rahmen von Häfenko-
- 25 operation gelingen kann
- 26 • die Maritime Agenda 2025 mit dem Ziel zu unterstüt-
- 27 zen, gerechte, zentrale Handlungsfelder sowie res-
- 28 sortübergreifende Maßnahmen für die gesamte ma-
- 29 ritime Branche zu definieren und die Rahmenbedin-
- 30 gungen für die langfristige Sicherung des maritimen
- 31 Standortes in seiner Gesamtheit – Schifffahrt, Häfen
- 32 und maritime Industrie – zu setzen
- 33 • bessere Bund-Länder-Koordination. Dies kann durch
- 34 die Beibehaltung der Maritimen Konferenz gelingen.
- 35 Ein Hafenkonzept muss finanziell vom Bund unter-
- 36 stützt werden. Die Hafenlast darf nicht alleine vom
- 37 Norden getragen werden. Der Bund steht in der Pflicht
- 38 für die bundesweit wichtige Infrastruktur zu sorgen
- 39 • Finanzielle Förderung von Einrichtung maritimer
- 40 Wirtschaft sind an die Einhaltung unsere Standards
- 41 guter Arbeit sowie an eine ökologische nachhaltige
- 42 Produktionsweise zu binden
- 43 • für die Kooperationsperspektive in Europa brauchen
- 44 wir neue Umweltaforderungen für EU-Häfen. Nach-
- 45 haltige und sozial-ökologische Häfen müssen in Eu-
- 46 ropa bessergestellt werden. Außerdem darf keine eu-
- 47 ropäische Ausschreibung ohne faire Wettbewerbsbe-
- 48 dingungen stattfinden

49 **Zukunftschancen: Elektromobilität, Offshore und Indus-**

1 **trie 4.0**

2 Die alternativen Antriebe sind auch in der Maritimen Wirt-
3 schaft nicht mehr wegzudenken. Sie bieten große Zu-
4 kunftschancen, eine elektronische (Binnen-)Schifffahrt zu
5 gestalten. Wir brauchen die Elektromobilität daher auch in
6 der politischen und wirtschaftlichen Debatte. Wir müssen
7 diese Zukunftschance nutzen, um Wachstum, Arbeit und
8 Wohlstand zu generieren. Wir fordern daher:

- 9 • Forschung und Entwicklung für die Elektromobilität
10 nicht nur auf den Straßenverkehr zu beschränken.
- 11 • Neue Umwelanforderung für Häfen. E-Schiffe sollen
12 in Zukunft besonders bevorzugt werden
- 13 • Unterstützung vom Aufbau und Entwicklung von
14 Batteriefabriken. Durch Finanzierung über staatliche
15 Banken oder Anschubfinanzierungen
- 16 • Forschung und Entwicklung für die Elektromobilität
17 nicht nur auf den Straßenverkehr zu beschränken. Ins-
18 besondere in der Binnenschifffahrt und im Hafenum-
19 schlag und -transport liegen große Potenziale für Elek-
20 tromobilität.
- 21 • Bei der öffentlichen Beschaffung von Schiffen und
22 Booten sollte gerade verstärkt auf alternative Antrie-
23 be gesetzt werden.
- 24 • Die bereits begonnenen Maßnahmen im Bereich der
25 alternativen Kraftstoffe müssen, wie z.B. die För-
26 derung der LNG-Infrastruktur, konsequent weiterge-
27 führt werden.
- 28 • Auch Alternativen zum Netzausbau mitdenken. Zum
29 Beispiel durch eine bessere IT, Temperatur-Monitoring
30 oder Neubeseilung durch leistungsfähigere Kabel

31 Offshore-Wind ist eine Zukunftschance für unsere Volks-
32 wirtschaft. Sie bringen Arbeit und Wohlstand. Es liegt an
33 uns, diese Chance zu ergreifen und auszubauen. Daher
34 wollen wir:

- 35 • den technologischen Vorsprung durch Forschung und
36 Entwicklung weiter voranbringen. Dazu zählen die Re-
37 ferenzprojekte von Industrie und Politik
- 38 • einen Masterplan für den Netzausbau im Bereich der
39 Offshore-Energie vorantreiben
- 40 • Zukunftsideen wie Offshore-Windparks als Tankstel-
41 len auf den Meeren vorantreiben und politisch unter-
42 stützen. Damit wir die Verknüpfung von Elektromobi-
43 lität und Offshore-Windparks in der Maritimen Wirt-
44 schaft schaffen.

45 Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 und damit einhergehend die
46 Automatisierung aller Arbeitsbereiche, wird auch in der
47 maritimen Wirtschaft Einfluss nehmen. Wir wollen diesen
48 Prozess für alle Menschen positiv gestalten. Daher fordern
49 wir:

BEZIRKSPARTEITAG 2017

- 1 • Die Digitalisierung und Anwendung von Industrie 4.0
- 2 in der Maritimen Wirtschaft zu begleiten und durch
- 3 Konzepte gemeinsam mit den Gewerkschaften Arbeit
- 4 4.0 voran zu bringen
- 5 • Initiativen für digitale Bildung und lebensbegleiten-
- 6 der Qualifizierung und die Nutzung der IT für gesund-
- 7 heitsförderliche Arbeitsplätze
- 8 • attraktive, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmo-
- 9 delle
- 10 • Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten
- 11 insbesondere bei Einführung neuer Technologien

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag

X Resolution

1 **X1**
 2 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**
 3
 4 **Solidarität mit Automobilbeschäftigten**
 5
 6 **SOLIDARITÄT MIT BESCHÄFTIGTEN DER AUTOMOBIL-**
 7 **INDUSTRIE – 9 PUNKTE FÜR ARBEITSPLATZSICHERUNG,**
 8 **ZUKUNFT UND SOLIDARITÄT!**
 9 **1.) Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeitnehmer/innen**
 10 Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Automobilindus-
 11 trie machen gute Arbeit. Der Dieselskandal darf nicht auf
 12 Kosten der Belegschaften ausgetragen werden. Wir brau-
 13 chen eine Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeitnehmerin-
 14 nen und Arbeitnehmer. Dazu brauchen wir auch ein Be-
 15 kenntnis für die Menschen in der Zeitarbeit. Jede Kollegin
 16 und jeder Kollege in der Automobilindustrie hat unsere So-
 17 lidarität. Der Arbeitsplatzverlust muss verhindert werden,
 18 hinter jedem Arbeitsplatz steht ein Leben. Daher fordern
 19 wir:
 20 – Müssen staatliche Hilfe für die Belegschaft geprüft wer-
 21 den, wenn keine andere Option mehr möglich ist
 22 – Die Landesregierung muss gemeinsam mit der Bundes-
 23 regierung solche Möglichkeiten im Vorfeld prüfen und im
 24 engen Austausch mit den Betrieben und Unternehmen
 25 bleiben.
 26 **2.) Arbeitszeitverkürzung**
 27 Um die Beschäftigungssicherung zu gewährleisten, muss
 28 das Mittel der Arbeitszeitverkürzung stärker in den Fokus
 29 gerückt werden. In den letzten 10 Jahren gab es massi-
 30 ve Produktivitätssteigerungen, die die Beschäftigten letzt-
 31 endlich tragen müssen. Es wird immer weiter an dem Prin-
 32 zip gedreht „Mehr Autos in weniger Zeit mit weniger Leu-
 33 ten“: Daher fordern wir:
 34 – Wir müssen an der Seite der ArbeiterInnen stehen und es
 35 darf dabei nicht zu einer geringeren Entlohnung kommen,
 36 damit die Beschäftigten weiterhin Planungssicherheit ha-
 37 ben
 38 – Die Betriebe vor Ort sind in der Lage, dies zu organisie-
 39 ren, die Gewerkschaft muss gemeinsam mit der Sozialde-
 40 mokratie die Rahmenbedingungen dafür schaffen.
 41 **3.) Altersteilzeit**
 42 Die Betriebe und Unternehmen müssen die tariflich, gere-
 43 gelten Altersteilzeiten nutzen, um einen gleitenden Über-
 44 gang in den Ruhestand zu ermöglichen und gleichzeitig
 45 jüngeren Beschäftigten
 46 eine Perspektive zu bieten. Daher fordern wir:
 47 – Sozialdemokratie muss gemeinsam mit den Gewerk-

**Empfehlung der An-
 tragskommission:
 Annahme**

mit Änderungen
 folgt durch Antragsteller
 und Antragskommission

1 schaffen einen Altersteilzeitsübergangsplan entwickeln,
2 damit der gleitende Übergang finanziell schaffbar ist und
3 den jungen Menschen diese Perspektive geschaffen wird.

4 **4.) Gleiche Versorgung für Alle**

5 Dort, wo gute Arbeit geleistet wird, darf es keine Unter-
6 schiede in der Entlohnung und Versorgung geben. Es darf
7 nicht sein, dass die Menschen in der Zeitarbeit weniger
8 Kurzarbeitsgeld erhalten, als die Stammbesellschaft. Dafür
9 brauchen wir klare Rahmenbedingungen. Daher fordern
10 wir:

11 – Auch in der Entlohnung darf es keine Unterschiede zwi-
12 schen den Arbeiter/innen geben. Dort wo gute Arbeit ge-
13 leistet wird, muss auch immer entsprechend bezahlt wer-
14 den.

15 – Die Sozialdemokratie ist aufgerufen, gesetzliche Rah-
16 menbedingungen durchzusetzen, damit kein Arbeiter und
17 keine Arbeiterin schlechter gestellt wird. Dies muss von
18 den Gewerkschaften in den Tarifverträgen gestaltet wer-
19 den.

20 **5.) Ausbildung muss weiter fester Bestandteil bleiben**

21 Wir brauchen weiterhin einen Ausbildungspakt, um jun-
22 ge Menschen aus und in den Regionen eine Perspektive zu
23 geben. Die junge Generation ist die Zukunft der Regionen
24 und der Gesellschaft. Daher fordern wir:

25 – Die Sozialdemokratie muss gemeinsam mit den Betrie-
26 ben, Unternehmen und Gewerkschaften daran weiterar-
27 beiten.

28 – Die Firmen in der Automobilindustrie müssen auch wei-
29 terhin junge Menschen ausbilden und Qualifizierung an-
30 bieten. Die Landesregierung wird diesen Prozess mitbe-
31 gleiten und sich aktiv dafür einsetzen

32 **6.) Zeitarbeit darf keine 3 Jahre dauern**

33 Das Ziel muss lauten: Stammbesellschaft für Alle! Dazu
34 brauchen wir eine Verkürzung der Zeitarbeit. Es darf nicht
35 sein, dass besonders junge Menschen in der Zeitarbeit ge-
36 fangen sind. Wer eine Familie und eine Zukunft aufbauen
37 will, braucht Planungssicherheit. Daher fordern wir:

38 – Dies muss von den Gewerkschaften in den Haustarifen
39 verankert und von der Sozialdemokratie in den gesetzli-
40 chen Rahmen aufgegriffen werden.

41 – Besonders die Automobilindustrie muss an geltende Ge-
42 setze angepasst werden

43 **7.) (Weiter)Qualifizierung stärken**

44 Digitalisierung, Elektromobilität und Arbeit 4.0 sind die
45 große Herausforderung in der Zukunft. Wir müssen die Be-
46 schäftigten in der (Weiter-)Qualifizierung fordern und för-
47 dern. Daher fordern wir:

48 – Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Gewerk-
49 schaft einen Weiterqualifizierungspakt für die Beschäftig-

1 ten entwickeln, um Alle für die Herausforderung in der Zu-
2 kunft bereit zu machen.

3 8.)

4 **Zusammen sind wir stärker – Betriebsversammlung mit**
5 **Sozialdemokratie**

6 **Zusammenarbeit und gemeinsame Inhalte erkämpfen,**
7 **kann nur gemeinsam im Dialog stattfinden. Betriebs-**
8 **versammlungen sind ein Ort, wo die Beschäftigten ihre**
9 **Sorgen und Ängste kommunizieren müssen und sollen.**
10 **Dies muss auch der Platz der Sozialdemokratie sein, um**
11 **die Befürchtungen auszunehmen und gemeinsam für**
12 **die Beschäftigten politisch zu kämpfen. Daher müssen**
13 **beide Seiten sich daran beteiligen, Sozialdemokratie muss**
14 **eingeladen werden und Sozialdemokratie muss kommen.**

15

16 **Begründung**

17 **erfolgt mündlich**

Weiterleitung an:

SPD-Landesparteirat

18 **X2**

19 **Antragsteller: OV Jade**

20

21 **Förderung der ehrenamtlichen Parteiarbeit**

22

23 Der Untergliederungen der SPD in Weser-Ems richten
24 ihre Strukturen und Arbeitsweisen konsequent ehren-
25 amtsorientiert aus. Ehrenamtsorientierung bedeutet,
26 dass bei Planungen der Parteiarbeit die Bedürfnisse der
27 ehrenamtlich tätigen Mitglieder im Zentrum stehen
28 müssen.

29 Dazu gehören vor allem langfristige Terminplanung, die
30 Vermeidung von Ad-hoc-Terminen sowie frühzeitige Einla-
31 dungen unter Angabe der zu verhandelnden Themen und
32 längerfristige Informations-, Diskussions- und Beschluss-
33 vorlagen. Attraktive und gute Parteiarbeit soll darüber hin-
34 aus ergebnisorientiert sein.

35 Um dies zu verwirklichen, werden alle Gremien im Bezirk
36 zukünftig:

- 37 • Termine mit Rücksicht auf vor allem auf ehrenamt-
38 lich tätige Genoss*innen ohne Mandat mit Diäten
39 und/oder hauptamtlicher Parteifunktion langfristig
40 und verlässlich koordinieren;
- 41 • mindestens eine Woche vor der Sitzung Einladungen
42 mit einer Tagesordnung versenden;
- 43 • spätestens fünf Tage vor der Sitzung die jeweiligen
44 Protokolle, Informations-, Beschluss- und Beratungs-
45 unterlagen zusenden;

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

- 1 • Tischvorlagen nur in begründeten Ausnahmefällen
2 zulassen und
3 • in der Regel den Tagesordnungspunkt, zu dem die Un-
4 terlagen nicht rechtzeitig zugegangen sind, verschie-
5 ben.

6 Insbesondere die Vorstände werden ihre Sitzungen so
7 strukturieren, dass am Ende eines Tagesordnungspunk-
8 tes ein Beschluss steht, entweder über das weitere Ver-
9 fahren oder über die Art der Konsequenz, d. h. Akti-
10 on/Veranstaltung oder Antrag/Resolution.

11 Bei Parteitag ist/sind:

- 12 • die Unterlagen, vor allem Wahlvorschläge, An-
13 träge und Arbeitsberichte, so rechtzeitig an
14 die jeweiligen Gliederungen (wie Ortsverei-
15 ne/Arbeitsgemeinschaften und Kreise) weiterzu-
16 geben, so dass diese ausreichende Zeit zur Beratung
17 und ggf. Beschlussfassung haben;
18 • immer für den Tagesordnungspunkt „Antragsbera-
19 tung“ ausreichend Zeit vorzusehen, damit Anträge ak-
20 tuell bzw. zeitnah beraten werden und Vertagungen
21 möglichst vermieden werden können;
22 • dort Rechenschaft über die Erledigung der Beschlüsse
23 abzulegen.

Weiterleitung an:

Bezirksvorstand

Antworten auf die Antragsweiterleitung vom Bezirksparteitag 2015

Weitergeleitet an Bezirksvorstand:

Antrag Nr.	Antwort
A+S 6, A+S 18	<i>Keine Antwort</i>

Weitergeleitet an Bundestagsfraktion:

Antrag Nr.	Antwort
A+S 1, A+S 5, A+S 7, A+S 8, A+S 9, A+S 10, A+S 11, A+S 15, A+S 16, A+S 18, B 1, F 1, F 2, F 4, F 6, I 3, I 6, Internationale Politik 1, K 2, K 5	<i>Keine Antwort</i>
Ini-Antrag OV Aschendorf	Jörg Esch bedankt sich im Namen von Thomas Oppermann für die Überweisung des Antrages. Er hat den Antrag der zuständigen Arbeitsgruppe in der Fraktion mit der Bitte zugeleitet, die Vorschläge bei der weiteren politischen Arbeit bzw. bei der Erarbeitung neuer parlamentarischer Initiativen zu berücksichtigen.

Weitergeleitet an den Bundesvorstand „Selbst aktiv“:

Antrag Nr.	Antwort
Partei 7	<i>Keine Antwort</i>

Weitergeleitet an die Kommunen:

Antrag Nr.	Antwort
K 2, K 9	<i>Keine Antwort</i>

Weitergeleitet an den Landesparteitag:

Antrag Nr.	Antwort
A+S 4, A+S 8, A+S 9, B 1, B 3, F 1, F 3, F 6, I 5, I 9, K 2, K 5	Der Eingang der Anträge wurde bestätigt

Weitergeleitet an die Landtagsfraktion:

Antrag Nr.	Antwort
A+S 4	<p>Mit dem 2009 eingeführten so genannten "Pflege-TÜV" (Pflege-Transparenzvereinbarung-PTV) sollte die Qualität in der ambulanten und stationären Pflege für Verbraucherinnen und Verbraucher transparent gemacht werden. Die Qualitätsprüfungen, die durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) oder den Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung mindestens 1 x jährlich bei allen ambulanten und stationären Einrichtungen durchgeführt werden, sollten allgemein verständliche und vergleichbare Ergebnisse liefern. Das Schulnotensystem sollte eine Entscheidungshilfe für Pflegebedürftige und Angehörige darstellen und gleichzeitig die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen voranbringen. Festzustellen ist heute jedoch, dass die Pflegenoten nicht zum Verbraucherschutz und zur Transparenz beigetragen haben. Zum 1. Januar 2016 wird ein Pflegequalitätsausschuss auf der Bundesebene errichtet, der ein neues Qualitätsprüfungs- und Veröffentlichungssystem für Pflegeeinrichtungen berät und als Richtlinie beschließt. Der Pflegequalitätsausschuss erhält eine gesetzliche Frist bis 31.12.2017, um die Richtlinie für ein neues Qualitätsprüfungs- und Veröffentlichungssystem zu erlassen. Neben dem Pflege-TÜV kann der Pflegequalitätsausschuss weitere Aufgaben zur Qualitätssicherung der Pflege übernehmen, um die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltung weiter zu straffen und die Qualität der Pflege einheitlich zu verbessern, beispielsweise zu Fragen der Qualität, zu Qualitätsprüfungsrichtlinien und zur Abstimmung zwischen Medizinischen Diensten und Heimaufsichten.</p>
A+S 8	<p>Das Land Niedersachsen hat ihren Schwerpunkt in der Förderung des sozialen Wohnungsbaus gesetzt und wird an dieser Stelle wesentlich stärker fördern als bisher. Es werden weitere 400 Mio. € zur Verfügung gestellt, um den Entwicklungen im sozialen Wohnungsbau entgegenzuwirken. Nach wie vor besteht eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, vor allem in städtischen Ballungsgebieten. Durch die hohen Flüchtlingszahlen nimmt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum naturgemäß noch einmal zu. Das Wohnraumförderprogramm zielt auf die Schaffung von Mietwohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Menschen ab. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen aber auch Wohnungen für Flüchtlinge geschaffen werden, um für diese eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten.</p>
A+S 9	<p>Das Konzept der „Bürgerversicherung“ ist für uns ein Ziel, welches wir weiterhin als unser Zukunftskonzept durch die Bundesebene implementieren möchten. Da die Kommunen für die Gesundheitsversorgung der Asylbewerber zuständig sind, bedarf es einer Regelung zwischen den Krankenkassen und den Kommunen. An</p>

	dieser Stelle muss der Leistungsumfang und die Vertragsgestaltung geregelt werden. Derzeit sind Kosten nach §§ 6,6 Asylbewerberleistungsgesetzes zu übernehmen. Ob ein gleichwertiger Gesundheitsschutz zukünftig möglich ist, hängt auch von der Bereitschaft der Kostenübernahme der verschiedenen Ebenen ab.
A+S 12	Der Antrag wird in zukünftige Beratungen mit einbezogen.
B 1	Die SPD Landtagsfraktion teilt die Forderung, nach einer Stärkung der Ganztagschule, ausdrücklich. Aus diesem Grund verstehen wir dieses Ziel als ein Herzstück der „Zukunftsoffensive Bildung“. Bis 2017 sind rund 260 Millionen Euro veranschlagt, die in eine bessere Ausstattung der Niedersächsischen Ganztagschulen fließen werden. Diese Mittel sollen unter anderem in die Personalsituation der Ganztagschulen und in die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler investiert werden. Auch die Novellierung des Schulgesetzes hat die Rahmenbedingungen der Ganztagschule in Niedersachsen grundlegend verbessert. Demzufolge begreifen wir diesen Antrag als eine Bekräftigung unserer bisherigen Arbeit und werden ihn für weitere Anregungen in diesem Bereich nutzen. Er wird den Mitgliedern des Arbeitskreises Kultus zur Verfügung gestellt.
B 3	Die SPD Landtagsfraktion begreift die Schulsozialarbeit an allgemein bildenden Schulen als ein fundamentales Thema guter Bildungspolitik. Aus diesem Grund befindet sich das Kultusministerium derzeit in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, um eine Neuregelung und Konzeptualisierung der Schulsozialarbeit zu erreichen. Auch die im Antrag B4 thematisierte Problematik soll innerhalb dieser Gespräche, im Sinne der Beschäftigten gelöst werden. Diese zielorientierten Abstimmungen stimmen uns hierbei zuversichtlich. Den Entwurf eines Gesamtkonzeptes durch das Kultusministerium erwarten wir zu Beginn des Jahres 2016.
B 4	
F 1	Der Antrag wird im Sinne einer solidarischen Finanzierung, in Bezug auf die Bürgerversicherung mit in eine zukünftige Beratung einbezogen.
F 3	<i>Keine Antwort</i>
F 4	Aktuell stellt der Bund den Ländern nach den Vereinbarungen zur Förderalismusreform jährlich 518 Mio. € bis zum Jahr 2019 zur Verfügung. Somit stehen in den Jahren 2016 bis 2019 auch weiterhin die jährlichen Kompensationsmittel von jeweils rund 40 Mio. € zur Verfügung. Diese Mittel versetzen das Land Niedersachsen in die Lage, den vorhandenen Wohnraumförderfonds mit fast 40 Mio. € im Jahr auszustatten. Durch die aktuellen Herausforderungen auf den Wohnungsmärkten waren diese Kompensationsmittel nicht ausreichend, sodass die auf dem Bund-Länder-Gipfel beschlossene weitere Erhöhung der Kompensationsmittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau von etwa 38,5 Mio. €

	jeweils in den Jahren von 2016 – 2019, zu einer weiteren positiven Entwicklung beitragen wird. Weitere Mittel für den Wohnungsbau sollen durch steuerliche Anreizinstrumente für den Wohnungsneubau generiert werden. Hier gibt es bereits verschiedene Aktivitäten und Initiativen. So hat sich die Bundesbauministerin bereits öffentlich dafür eingesetzt, einkommenssteuerrechtliche Instrumente wieder einzuführen. Zudem haben Bund und Länder beim Gipfeltreffen zu Asyl- und Flüchtlingsfragen am 24.9.2015 in Berlin einen entsprechenden Beschluss gefasst. Auch die Bauministerkonferenz hat kürzlich ebenfalls eine entsprechende Prüf- bitte an den Bund gerichtet.
F 6, I 5	<i>Keine Antwort</i>
I 9	Die Grundsätze zur Asylpolitik in Niedersachsen werden wir als Material in die Beratungen einbeziehen.
K 1	<i>Keine Antwort</i>
K 2	Hans-Dieter Haase leitet den Antrag an die zuständigen Landtagsabgeordneten weiter und wird den Fortgang weiter verfolgen.
K 4, K 5	<i>Keine Antwort</i>
K 9	Hans-Dieter Haase leitet den Antrag an die zuständigen Landtagsabgeordneten weiter und wird den Fortgang weiter verfolgen. Die SPD Landtagsfraktion beschäftigt sich bereits seit einiger Zeit mit der Problematik der kostenpflichtigen Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Sek. II. Die durch die bisherige Praxis verursachten Benachteiligungen, von Schülerinnen und Schülern aus sozial schwachen Familien sowie von Schulkindern aus dem ländlichen Raum, offenbaren einen Änderungsbedarf der geltenden Regelungen. Im diesem Zusammenhang werden alternative Modelle, auch vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit, intensiv geprüft. Im Rahmen dieser Prüfungen erwarten wir vielversprechende Lösungsansätze.

Weitergeleitet an den Parteivorstand:

Antrag Nr.	Antwort
I 4, I 7, I 8, I 10, Partei 1, Partei 2, Partei 7	Der Eingang des Antrags wurde bestätigt.

Weitergeleitet an das niedersächsische Wirtschaftsministerium:

Antrag Nr.	Antwort
Ini-Antrag UB Vechta	Es wird versichert, dass Minister Lies die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen wird. Das Ziel des Ministers bleibt es, die Arbeitsbedingungen in der Fleisch- und Zerlegebranche weiter zu verbessern.

Wann wir schreiten Seit an Seit

Musik: Michael Englert

The musical score is written on three staves in G major. The first staff is in 4/4 time and contains the first four measures of the melody, with chords G, D G, C, and D. The second staff continues the melody for four measures, with chords a, D, A7, and D. The third staff shows a sequence of measures with changing time signatures: 4/4, 2/4, 4/4, 2/4, 4/4, 2/4, and 4/4. The chords for these measures are G, C, G, D7, and G.

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit,
Mit uns zieht die neue Zeit.

Eine Woche Hammerschlag
eine Woche Häuserquadern
zittern noch in unsern Adern
aber keiner wagt zu hadern
Herrlich lacht der Sonnentag
herrlich lacht der Sonnentag.

Birkengrün und Saatengrün
Wie mit bittender Gebärde
hält die alte Mutter Erde
daß der Mensch ihr eigen werde
ihm die vollen Hände hin
ihm die vollen Hände hin.

Mann und Weib und Weib und Mann
sind nicht Wasser mehr und Feuer
Um die Leiber legt ein neuer
Frieden sich, wir blicken freier
Mann und Weib, uns fürder an
Mann und Weib, uns fürder an

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit,
Mit uns zieht die neue Zeit.